

# dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 38/2018 17. September 2018

## AKTUELLES

Herkunft entscheidet oft über Bildungschancen .....	2
Karliczek: Schul-Digitalisierung ab Anfang 2019 .....	8
KMK-Chef will einheitliche Schulabschlüsse .....	11

## KULTURPOLITIK

Verlegerwechsel - Turbulenzen bei Rowohlt .....	16
EU-Parlament einig bei Urheberrecht.....	15

## BERUF UND WEITERBILDUNG

Handwerk: Perspektiven für Flüchtlinge in Lehre .....	21
Druck im Bäckerhandwerk .....	22
Schul-Berufsorientierung führt oft an die Uni .....	23

## FORSCHUNGSPOLITIK

Zukunftspreis – Zahnrad neu erfunden .....	24
Bergbau im All - Luxemburgs Weltraumagentur.....	27

## HOCHSCHULE

Bauer wegen Zulagenaffäre stärker unter Druck.....	31
Brandenburg will mehr Professuren .....	32
Grüne für Imam-Weiterbildung in Osnabrück .....	33

## SCHULE

Wo in Italien tote Sprachen leben .....	35
Verbände: Echte Lernmittelfreiheit in Schl.-H. ....	38
Ganztagsbetreuung für BaWü-Kommunen teuer.....	39

## VORSCHULE

Ernährungsexperten für gesündere Kita-Snacks .....	43
Hohe Quoten bei Kinderbetreuung in Thüringen .....	43
Hessen - Seltene Allianz bei Kita-Debatte.....	44

<b>TERMINE</b> .....	<b>45</b>
----------------------	-----------

<b>INHALT (GESAMT)</b> .....	<b>50</b>
------------------------------	-----------

Verantwortlich: Kirsten Baukhage, +49 30 2852 32275  
dossier.bildungsforschung@dpa.com

## AKTUELLES

### Herkunft entscheidet oft über Bildungschancen

**Berlin (dpa)** - Kinder aus ärmeren und eingewanderten Familien schaffen in Deutschland oft keinen Aufstieg durch Bildung. Für die Mehrheit der jungen Menschen sind die Bildungs- und Berufschancen dagegen gut bis ausgezeichnet. Lehrer verdienen zudem hierzulande im internationalen Vergleich besonders viel. Das zeigt eine neue Studie, die die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) am 11. September in Berlin präsentierte.

Zu den Fortschritten zählt, dass weit mehr Kinder als früher eine Kita besuchen. Der Anteil der Unter-Dreijährigen, die in frühkindliche Bildungseinrichtungen gehen, stieg von 17 Prozent 2005 auf 37 Prozent 2016. Allerdings profitieren Kinder von Müttern mit hohen Abschlüssen sogar zur Hälfte von frühkindlicher Bildung. Dabei ist der Betreuungsschlüssel in Deutschland überdurchschnittlich: Knapp zehn Kinder kommen auf eine Kita-Erzieherin - OECD-weit sind es mehr als 14.

#### **«Soziale Schere ist Gegenteil von dem, was wir brauchen»**

OECD-Bildungsdirektor Andreas Schleicher hob die Fortschritte bei der frühkindlichen Bildung hervor, betonte aber: «Kinder aus ungünstigen sozialen Schichten, die es am dringendsten brauchen, bekommen in Deutschland am wenigsten frühkindliche Bildung. Diese soziale Schere ist das Gegenteil von dem, was wir brauchen», sagte er.

Der Anteil junger Erwachsener ohne Abitur oder Berufsabschluss sank binnen zehn Jahren leicht von 15 auf 13 Prozent. Diese jungen Menschen landen aber weiterhin besonders oft in der Arbeitslosigkeit - die Beschäftigungsquote liegt hier nur bei 55 Prozent. «Das ist auch gesellschaftlich ein Problem», sagte der Leiter des Berliner OECD-Büros, Heino von Meyer. Schleicher unterstrich: «Wir stehen hier vor enormen Herausforderungen.» Akademiker oder Meister bekommen zu 87 Prozent einen Job.

Dabei sind die Berufsaussichten auch nach einer Ausbildung gut. «Denjenigen, die nicht studieren möchten, bieten Berufsqualifikationen in Deutschland einen sicheren Weg in die Beschäftigung», so die OECD.

Schwer haben es junge Menschen mit Migrationshintergrund: So sind 24 Prozent nicht in Beschäftigung, Bildung oder Ausbildung. Bei denen, die erst mit 16 Jahren oder später ins Land gekommen sind, sind es sogar 32 Prozent. Schleicher betonte, dass der Unterschied bei den Chancen zwischen im Land und im Ausland geborenen Kindern in Deutschland besonders hoch sei. Er führte dies aber auch auf die hohen Einwandererzahlen

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - AKTUELLES

ab 2015 zurück. Insgesamt ist fast jeder zehnte 18- bis 24-Jährige nicht in Arbeit, Bildung oder Ausbildung.

«Es gibt Erfolge und manches läuft auch gut», sagte von Meyer. Vieles sei aber verbesserungswürdig. «Deutschland muss besser werden, wenn es sich erfolgreich den Herausforderungen der Zukunft stellen will.» So seien über 40 Prozent der Lehrer hierzulande über 50 Jahre alt. «Absehbar werden Hunderttausende neue Lehrer gebraucht.»

Bei den Lehrgelöhtern liegt Deutschland mit an der Spitze: Lehrer der Sekundarstufe I verdienen im Schnitt gut 54 000 Euro, fast doppelt so viel wie im OECD-Schnitt.

Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) sagte: «Natürlich gibt es noch eine Menge zu tun, doch die Fortschritte sind erkennbar und deutlich.» Das Bildungssystem eröffne Chancen, berufliche und akademische Bildung seien gleichwertige Karrierealternativen. «Chancengerechtigkeit ist und bleibt unser Ziel.» Der Präsident der Kultusministerkonferenz, Thüringens Ressortchef Helmut Holter (Linke), forderte höhere Bildungsausgaben: «Länderhaushalte müssen Bildungshaushalte werden.»

**Basil Wegener (Berlin)**

## **Wie Bildung gerechter werden kann**

**Berlin (dpa)** - 17 Jahre nach dem PISA-Schock präsentiert sich Deutschlands Bildungssystem in deutlich besserem Zustand. Damals hatte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aufgezeigt, dass die Leistungen der deutschen Schüler unterdurchschnittlich und stark an die soziale Herkunft gekoppelt waren.

### ***Geht der Daumen hoch oder runter für Deutschlands Bildungssystem?***

«Es gibt sowohl Licht als auch Schatten», sagt der Leiter des Berliner OECD-Büros, Heino von Meyer. Ein Pluspunkt ist der seit gut zehn Jahren um 20 Prozentpunkte gestiegene Anteil der Unter-Dreijährigen, die eine Kita oder einen Kindergarten besuchen. Der Großteil der jungen Erwachsenen hat Abitur oder Berufsabschluss. Die Uniabsolventen und Menschen mit höheren Berufsabschlüssen haben exzellente Berufschancen.

### ***Was ist das Hauptproblem?***

Der hohe Sockel an jungen Leuten mit schlechten Aussichten. So bleiben 13 Prozent ohne Abitur oder Berufsabschluss. Mehr als die Hälfte von

ihnen landet erst einmal in der Arbeitslosigkeit. Auffällig sind die schlechteren Chancen junger Zuwanderer - ein knappes Viertel von ihnen ist nicht in Beschäftigung, Bildung oder Ausbildung. Besonders schwer haben es jene, die erst als Jugendliche nach Deutschland gekommen sind.

### ***Gleicht das Bildungssystem unterschiedliche Startchancen aus?***

Nach wie vor nicht optimal. Die OECD zeigt: Kinder mit Müttern mit Spitzenabschlüssen besuchen weit häufiger eine Kita als Kinder ohne einen solchen Bildungsstatus. Deutlich weniger Kinder aus sozial benachteiligten Milieus erreichen elementare Kenntnisse zum Beispiel in Mathe. Allerdings zeigte eine PISA-Auswertung im Februar auch: In kaum einem anderen Land ist der Anteil sozialschwacher Schüler mit soliden Leistungen so deutlich gewachsen wie in Deutschland - von 25,2 im Jahr 2006 auf 32,3 Prozent 2015.

### ***Wie viel gibt Deutschland pro Schüler und Student aus?***

Im Schnitt knapp 9400 Euro pro Jahr - rund 1400 mehr als im OECD-Schnitt. Gemessen an der Wirtschaftsleistung sind die Bildungs- und Forschungsausgaben mit 4,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland aber unter dem OECD-Schnitt von 5 Prozent.

### ***Was kann gegen die soziale Schere bei der Bildung getan werden?***

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) verlangt eine gezielte Förderung von Schulen in Brennpunktbezirken. «Die Kinder in den hier gelegenen Schulen brauchen mehr Unterstützung und Förderung», sagt GEW-Chefin Marlis Tepe. «Deshalb müssen dort mehr Lehrkräfte eingestellt werden, so dass die einzelnen Lehrer weniger Pflichtstunden unterrichten müssen. Es sind oft Kinder, die zuhause keine Bücher vorgelesen und keinen Zugang etwa zu klassischer Musik bekommen.» Für sie seien auch künstlerische Projekte wichtig, Rollenspiele, Theater- oder Zirkusprojekte. Um zu messen, welche Schulen besondere Förderung brauchen, schlägt Tepe einen Sozialindex vor - Kriterium könnte der Anteil der Eltern sein, die von der Finanzierung von Schulbüchern und anderen Lernmitteln befreit sind.

### ***Was ist generell wichtig für Chancengleichheit und Lernerfolg?***

OECD-Bildungsexperte Andreas Schleicher meint: Mehr Ganztagschulen, mehr gemeinsamer Unterricht von schlechter- und bessergestellten Schülern, mehr frühe Bildung in den Kitas. «Lehrer werden oft allein gelassen im Klassenzimmer», sagt er. Ihre Deputate sollten sinken, sie sollten mehr Zeit haben für fächerübergreifendes Lehren, für die Förderung schwächerer Kinder, für Teamarbeit.

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - AKTUELLES

### ***Was erschwert Verbesserungen in Deutschland?***

Unter anderem der Lehrermangel. Tepe sagt, die Länder täten viel zu wenig dagegen. «Dass viele Quer- und Seiteneinsteiger eingestellt werden, ist in der Not richtig», meint sie. Diese müssten aber rasch nachqualifiziert werden. «Zudem muss nun endlich die Zahl der Studien- und Referendariatsplätze für Lehrkräfte kräftig erhöht werden.» Der Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK), Thüringens Ressortchef Helmut Holter, räumt ein, eine gemeinsame Kampagne zur Anwerbung von Lehrern sei an Uneinigkeit der Länder gescheitert.

### ***Welche Ursachen hat der Lehrermangel noch?***

Schleicher sieht ihn eher als Folge denn als Ursache von Problemen: Lehrer würden zwar in Deutschland recht gut bezahlt. Trotzdem sei der Lehrerberuf vergleichsweise unattraktiv: Die Pädagogen hätten oft wenig Gestaltungsspielraum, wenig Zeit außerhalb des Unterrichts für gemeinsames Entwickeln von Dingen, wenig Karriereperspektiven.

### ***Was sagen Wirtschaft und Bundesregierung?***

Beide heben die Erfolge der Berufsausbildung hervor. Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer wertete die OECD-Ergebnisse als «Rückenwind» für das Engagement der Unternehmen in dem Bereich.

**Basil Wegener (Berlin)**

## **Schule - Chancen von Mädchen und Jungen**

**Berlin (dpa)** - Frauen werden im Job oft benachteiligt - da sind sich viele Bundesbürger einig. Doch wie ist die Lage an den Schulen, in denen ja die Grundlagen für später gelegt werden? Und was könnte getan werden? Ein Überblick:

### ***Wie schätzen die Bundesbürger die Lage auf dem Arbeitsmarkt ein?***

62 Prozent der Frauen und fast jeder zweite Mann (49 Prozent) finden, Männer würden auf dem Arbeitsmarkt bevorzugt, wie das am 13. September in Berlin veröffentlichte ifo Bildungsbarometer 2018 zeigt. Dabei gelten Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Job den Forschern als «gesellschaftliche Norm». Denn die Mehrheit meint, Mütter mit Kindern zwischen eins und sechs Jahre sollten ihre Berufstätigkeit reduzieren. Diese Meinung vertreten Frauen (65 Prozent) und Männer (64 Prozent). Nur 37 Prozent der Frauen und 34 Prozent der Männer finden, dass Väter wegen der Kinder im Beruf kürzer treten sollten.

### ***Wie ist die Lage an den Schulen?***

Hier sehen die allermeisten keine Ungleichbehandlung. 79 Prozent der Frauen und 74 Prozent der Männer meinen, in der Schule werde kein Geschlecht bevorzugt behandelt. Für die Unis gelten ähnliche Werte. Bei einzelnen Schulfächern sieht es etwas anders aus. Rund jede vierte Frau und fast jeder dritte Mann sieht Mädchen im Sprachunterricht in der Schule als bevorzugt an. Andersherum hält jede und jeder Dritte Jungen im Sportunterricht für bevorzugt. Bei den Betroffenen selbst, den Jugendlichen, sind die Werte ähnlich, teils aber noch etwas ausgeprägter.

### ***Gibt es Ungleichheit zwischen Mädchen und Jungen an Schulen?***

Ja. So werden Jungen laut einem Gutachten des Aktionsrats Bildung zu größeren Anteilen verspätet eingeschult und besuchen zu geringeren Anteilen die Schule vorzeitig. Für eine Gymnasialempfehlung müssten sie eine höhere Leistung erbringen als Mädchen. Diese Studie stammt allerdings schon von 2009.

### ***In welchen Fächern haben Mädchen und Jungen die Nase vorn?***

In den Naturwissenschaften finden sich laut einer OECD-Studie von 2015 unter den besten Schülern überdurchschnittlich mehr Jungen als Mädchen (12,4 zu 8,7 Prozent). Immer wieder zeigten Untersuchungen, dass Mädchen in der Grundschule bessere Leistungen in Deutsch aufweisen, insbesondere im Bereich Orthografie. Sie sind auch beim Lesen besser. Jungen erzielen im Schnitt bessere Leistungen in Mathematik. Dies ging etwa vergangenes Jahr aus dem IQB-Bildungstrend und der IGLU-Studie hervor.

### ***Wäre getrennter Unterricht besser?***

In den Augen der Bundesbürger nicht. Männer und Frauen sind laut Bildungsbarometer zu mehr als 70 Prozent dagegen, dass die Zahl reiner Mädchen- und Jungenschulen erhöht wird. Mehr getrenntgeschlechtlichen Unterricht lehnen die Bundesbürger ebenso deutlich ab, gefragt wurde hier nach Mathe und Sprachen. Rund zwei von fünf Frauen und Männer finden aber, dass Sport an Grundschulen getrennt unterrichtet werden sollte. Unter den Jugendlichen gibt es noch mehr Befürworter für getrennten Sportunterricht: 54 Prozent der Mädchen und 48 Prozent der Jungen sind dafür.

### ***Was halten die Deutschen von Frauen in sogenannten Männerberufen und umgekehrt?***

Viel. 81 Prozent der Frauen und 71 Prozent der Männer finden, dass der Anteil der Frauen in IT-Berufen steigen sollte. 86 Prozent der Frauen und 78 Prozent der Männer sind für mehr Männer in der Pflege. Heute beträgt der Frauenanteil in IT-Berufen nur rund 16 Prozent - der Männeranteil in Pflegeberufen 17 Prozent. Für ausschlaggebend halten die meisten das

jeweilige Interesse der Frauen und Männer und die Bereitschaft von Arbeitgebern für eine Trendwende in den Bereichen gleichermaßen.

**Basil Wegener (Berlin)**

## Internet:

- Mitteilung zum ifo Bildungsbarometer 2018 <http://dpaq.de/ZS1k4>
- Gutachten Aktionsrat Bildung zu Geschlechterdifferenzen bei Bildung (2009) <http://dpaq.de/Dea0v>
- PISA 2015 <http://dpaq.de/yJllc>
- IQB-Bildungstrend <http://dpaq.de/ap2yi>
- IGLU-Studie <http://dpaq.de/bk9YW>

## Quereinsteiger an Berlins Brennpunkt-Schulen

**Berlin (dpa)** - Der Grundschulverband fordert eine Korrektur der Lehrerverteilung an Berliner Schulen. «Es ist nicht hinnehmbar, dass an Schulen in einem schwierigen sozialen Umfeld weit mehr Menschen ohne genuine Lehramtsausbildung zum Einsatz kommen als in den vorwiegend bürgerlichen Stadtvierteln», betonte der Verband am 13. September in einer Mitteilung. Er reagierte damit auf eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung, über die die Wochenzeitung «Die Zeit» am 12. September vorab berichtet hatte.

Danach unterrichten an Berliner Grundschulen in Stadtteilen mit sozialen Problemen überproportional viele Quereinsteiger. In der Hauptstadt umfasst die Zahl der Seiteneinsteiger an Grundschulen in Brennpunkten fast zehn Prozent des Kollegiums. An Grundschulen in bürgerlichen Vierteln seien es nur halb so viele.

### **CDU: Soziale Spaltung wird vertieft**

Für die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Hildegard Bentele, vertieft das die soziale Spaltung. Denn damit entwickelten sich die Chancen auf guten Schulunterricht weiter auseinander, hieß es in einer Stellungnahme. Gerade Brennpunktschulen bräuchten multiprofessionelle Teams sowie gute Arbeitsbedingungen und Aufstiegsmöglichkeiten. Bentele riet auch dazu, bereits im Studium, Praktikum und Referendariat auf die Arbeit an Brennpunktschulen vorzubereiten - als Pflicht in der Lehrerausbildung.

Der FDP-Bildungsexperte Paul Fressdorf nannte die Personalsituation an den Grundschulen «erschreckend» und hob die Bedeutung der Qualifizierung von Quereinsteigern hervor. Seine Partei fordere deshalb für solche Kräfte eine vierwöchige Vorbereitungszeit, um erfolgreich unterrichten zu

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - AKTUELLES

können. «Die jetzigen Maßnahmen der Bildungssenatorin werden die katastrophalen Schulverhältnisse nicht lösen.»

Der Grundschulverband sprach sich für einen entschiedenen Eingriff und eine Steuerung durch den Staat bei der Personalverteilung aus. Die Studie bestätige mit eindrucksvollem statistischem Material die Befürchtung, dass die gegenwärtige Praxis des Einsatzes von Quer- oder Seiteneinsteigern die Bildungschancen insbesondere von Kindern mit schwierigen Lebens- und Lernbedingungen weiter schmälere.

### **Internet:**

- Vorabmeldung der Wochenzeitung «Die Zeit» <http://dpaq.de/4JMFe>

## **KMK-Chef: Angleichung der Lehrerbezahlung**

**Stuttgart/Erfurt (dpa)** - Der Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK), Helmut Holter (Linke), hat sich für eine Harmonisierung der Lehrergehälter in Deutschland ausgesprochen. Es müsse hinterfragt werden, «ob eine unterschiedliche Bezahlung weiter zeitgemäß ist», sagte der Thüringer Bildungsminister der «Stuttgarter Zeitung» und den «Stuttgarter Nachrichten» am 8. September. «Diese Situation hat zu einem Wettbewerb geführt, der für die finanzschwachen Länder schwer zu stemmen ist. Es ist aber unser Auftrag, den Kindern überall in Deutschland gleiche Bildungschancen zu garantieren.»

Zwar seien die Ansprüche der Unterrichtsinhalte an den einzelnen Schularten sehr unterschiedlich, aber es gehe um mehr als reine Stoffvermittlung. «Lehrerinnen und Lehrer geben ihren Schülern Werte und Ideen mit, die sie durch ihr ganzes Leben tragen», so Holter. Diese hohe Verantwortung ziehe sich von der ersten bis zur zwölften oder dreizehnten Klasse.

Er sprach sich für eine größere Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schularten aus. Weil es im Bereich der Gymnasien teils sogar einen Bewerberüberhang gebe, sollten Gymnasiallehrer auch an Realschulen unterrichten können. Er denke an eine schulstufenbezogene Lehrerausbildung.

### **Internet:**

- Interview mit Holter im Wortlaut <http://dpaq.de/2GrXc>

## **Karliczek: Schul-Digitalisierung ab Anfang 2019**

**Berlin (dpa)** - Deutschlands Schulen sollen ab Anfang kommenden Jahres internetfähig werden. «Wir machen jetzt Nägel mit Köpfen», sagte Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) am 13. September bei den Haushaltsberatungen im Bundestag. Wenn alles planmäßig laufe, könne das



## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - AKTUELLES

erste Geld des Bundes für die Digitalisierung der Schulen Anfang 2019 fließen. Sie sei zuversichtlich.

Voraussetzung ist eine Grundgesetzänderung, durch die der Bund in großem Stil in die Mitfinanzierung der Schulen einsteigen kann. Schulen sind eigentlich in der Verantwortung der Länder. Karliczek rief die Abgeordneten dazu auf, der im Kabinett bereits auf den Weg gebrachten Grundgesetzänderung zuzustimmen. Beim Digitalpakt sollen ab 2019 fünf Milliarden Euro in fünf Jahren fließen. Die Länder sollen die digitale Bildung inhaltlich ausgestalten.

Dazu liege ein Vorschlag für eine Bund-Länder-Vereinbarung bei den Ländern. «In diesen Tagen erwarten wir die Antwort der Länder.»

SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach mahnte, die soziale Herkunft bestimme immer noch zu stark über die Bildungschancen in Deutschland. Deshalb müsse frühkindliche Bildung komplett kostenfrei gestellt werden. Dies sei der Hauptgrund dafür, dass viele Sozialschwächere ihre Kinder nicht in die Kita schickten. FDP und Grüne warfen Karliczek mangelnde Initiativen bei Bildung und Forschung vor. Es tue sich viel zu wenig. Die Linke bemängelte, die Koalition sorge zu wenig für Bildungsgerechtigkeit. Nicole Höchst von der AfD warf der Regierung einen «unsäglichen Regierungspopulismus» vor.

### **Internet:**

- Haushaltsentwurf 2019 <http://dpaq.de/wbyGN>

## **Kretschmann gegen Bund-Bildungsfinanzierung**

**Stuttgart/Berlin (dpa)** - Die grün-schwarze Landesregierung von Baden-Württemberg stemmt sich gegen die geplante Grundgesetzänderung, um dem Bund mehr Investitionen in die Bildungsinfrastruktur wie etwa den Digitalpakt zu ermöglichen. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) warnte am 11. September in Berlin vor Kompetenzverlusten der Länder zugunsten des Bundes. Unstrittig sei zwar, dass die Länder mehr Geld bräuchten. Das könne man aber auch über die Steuerverteilung ausverhandeln. Zeitlich befristete Programmmittel des Bundes seien hingegen «süßes Gift», mit dem der Bundeseinfluss auf Länder und Kommunen in einem beispiellosen Umfang ausgeweitet werden solle, sagte Kretschmann. «Irgendwann sind wir dann Verwaltungsprovinzen. Das ist schlichtweg nicht hinnehmbar.»

CDU, CSU und SPD hatten in den Koalitionsverhandlungen im Bund vereinbart, das Grundgesetz zu ändern, damit der Bund sich stärker an der Finanzierung der Bildungsinfrastruktur beteiligen kann. Konkret geht es um die Auszahlung des Digitalpakts Bildung des Bundes, der 2019 starten soll.

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - AKTUELLES

Ab dann sollen fünf Milliarden Euro in fünf Jahren an die Kommunen fließen. Das Geld soll der Ausstattung an den Schulen zugutekommen. Für die angestrebte Grundgesetzänderung ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag nötig, die die große Koalition aber nicht hat. Zudem muss das Vorhaben auch durch den Bundesrat. Kretschmann sagte, die Ministerpräsidenten der Länder wollten sich bei ihrem nächsten Treffen im Herbst mit dem Thema befassen.

### ***Länder pochen auf Kulturhoheit***

Im Gegensatz zu Kretschmann dringen die Vorsitzenden der Grünen-Bundestagsfraktion auf eine Aufhebung des sogenannten Kooperationsverbots in der Bildung. Das Kooperationsverbot war 2006 im Grundgesetz verankert worden. Da Bildung Ländersache ist, durfte der Bund bis dahin nur in Ausnahmefällen Fördergelder bereitstellen. 2014 und 2017 wurde das Verbot bereits gelockert.

Der SPD-Bildungsexperte im Bundestag, Oliver Kaczmarek, hielt Baden-Württemberg eine «Blockadehaltung» vor. Die Landesregierung gefährde die bundesweite Umsetzung des Digitalpakts. «Die Initiative von Winfried Kretschmann steht zudem absolut konträr zu den gemeinsamen Bestrebungen der Bundestagsfraktionen von FDP und Grünen, denen die Grundgesetzänderung nicht weit genug geht.» Am Ende seien die Schüler die Leidtragenden. FDP-Landeschef Michael Theurer äußerte sich ähnlich: Grün-Schwarz verhindere aus Kompetenz-Egoismus dringend nötige Mehrinvestitionen in Köpfe, Schulgebäude und Technik.

Auch die Vize-Landeschefin des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Gabriele Frenzer-Wolf, ging die Landesregierung an. «Sie denkt in den Kategorien eines Kleingärtners, der nicht möchte, dass jemand anderes seinen Acker zum Blühen bringt.» Es wäre absurd, wenn der Bund im Digitalpakt fünf Milliarden Euro verspreche, diese aber wegen der Blockade Baden-Württembergs nicht ausgezahlt werden könnten.

In Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidenten Armin Laschet (CDU) sieht Kretschmann aber einen Verbündeten. Dass er mit seiner Linie konträr zur Grünen-Bundestagsfraktion liegt, hält Kretschmann für legitim. Der Bundesrat sei schließlich keine Doublette des Bundestags, sondern die Vertretung der Länder. «Fertig. Aus. Amen.»

### ***Kretschmann rügt Grünen-Spitze wegen Bildungsfinanzierung***

Nach Informationen des Redaktionsnetzwerkes Deutschland (RND) rügt Kretschmann in einem Brief die Spitzen seiner eigenen Partei und Fraktion in dieser Frage. In dem Schreiben an die Bundesparteiarchs Annalena Baerbock und Robert Habeck sowie die Bundestags-Fraktionschefs Katrin

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - AKTUELLES

Göring-Eckardt und Anton Hofreiter fordere Kretschmann diese auf, sich seinen Bemühungen anzuschließen, um die von der schwarz-roten Bundesregierung geplante Grundgesetzänderung zu verhindern.

«Die Art und Weise, wie wir auch als Grüne diese Debatte führen, besorgt mich», heißt es laut RND vom 13. September in dem Schreiben. Kretschmann kritisiere, dass die Fraktionsspitze wie FDP-Chef Christian Lindner ihre Unterstützung bei der Aufweichung des «Kooperationsverbots» angeboten hat. «Hierzu möchte ich kritisch anmerken: Es gibt keinen Grundgesetzartikel, der eine Kooperation zwischen Bund und Ländern verbietet. Wie will man etwas abschaffen, das es gar nicht gibt?» Er fordere die Grünen-Spitze zu einer engeren Abstimmung mit ihm in dieser Frage auf. «Lasst uns dazu bitte zeitnah auseinandersetzen.»

**Bettina Grachtrup (Stuttgart)**

## **KMK-Chef will einheitliche Schulabschlüsse**

**Berlin (dpa)** - Alle Schulformen sollten aus Sicht des Präsidenten der Kultusministerkonferenz (KMK), Helmut Holter (Linke), einheitliche Abschlüsse anbieten. «Ab 2021 werden wir verpflichtende gemeinsame Abituraufgaben haben», sagte der Thüringer Minister dem Nachrichtenmagazin «Focus» (8. September). «Das ist ein guter Anfang. Aber wir müssen auch Vergleichbarkeit für die Haupt- und Mittelschulen, sogar für die Grundschulen herstellen.» Ziel sei: «Egal, wo jemand zur Schule geht - die Schulbildung muss überall auf einem gleich guten Level sein», sagte Holter.

Die Kultusminister der Länder hatten im Juni erklärt, die Abituraufgaben aus dem gemeinsamen Pool ab 2021 nicht mehr für das eigene Land anzupassen. Im Bildungsstaatsvertrag oder einer Länder-Vereinbarung sollte präzisiert werden, wie viele Aufgaben die Länder jeweils nutzen wollten oder müssten. Bisher steht es jedem Land frei, in welchem Umfang es auf die gemeinsamen Abituraufgaben zugreift. Außerdem können die Länder diese bislang noch anpassen.

## **Wenn Erstklässler nicht mehr zur Schule wollen**

**Hannover (dpa)** - Auf den ersten Schultag hatte sich Tim riesig gefreut. Doch die Euphorie war schnell verflogen. Jeden Abend und jeden Morgen klagte der damals Sechsjährige über Bauchschmerzen. Nach einigen Monaten kamen Kopfschmerzen und Übelkeit dazu. «Wir haben gemerkt, dass er sich immer mehr zurückzieht und trauriger wird», sagt seine Mutter

Claudia Sunder, die Tim oft vor dem Unterrichtsende von der Schule abholen musste.

Die Eltern suchten das Gespräch mit der Klassenlehrerin. «Sie hat sich aber nie richtig Zeit genommen», sagt Sunder, deren Name ebenso wie der ihres Sohnes ein anderer ist. Die Grundschule in einer niedersächsischen Kleinstadt war mit der Situation überfordert. Am Ende ging Tim gar nicht mehr zum Unterricht.

### ***Unterschiedliche Gründe fürs Fernbleiben***

Wenn von Schulschwänzern die Rede ist, denken wohl die meisten an Jugendliche in weiterführenden Schulen, die lieber im Bett bleiben oder mit Freunden abhängen. Tatsächlich gibt es Schulverweigerer bereits ab der ersten Klasse. Die Gründe für das Fernbleiben sind unterschiedlich.

Manche haben soziale Ängste oder Erfahrungen mit Mobbing gemacht. Andere sind überfordert. «Leistungsängste beginnen schon in der ersten oder zweiten Klasse der Grundschule», sagt Klaus Seifried, der als Schulpsychologe und auch als Lehrer in Berlin tätig war. «Schuldistanz war lange ein Tabuthema», erklärt er. Inzwischen schauten Schulen und Behörden genauer hin.

Zahlen über das Ausmaß der Schulverweigerung gibt es nicht, die Kultusministerkonferenz führt keine bundesweite Statistik. In einer Studie des Deutschen Jugendinstituts aus dem Jahr 2003 heißt es, dass drei Prozent aller Schulschwänzerkarrieren bereits im Alter von sechs bis acht Jahren beginnen, zwölf Prozent im Alter von neun bis elf.

### ***Schulen müssen früh das Gespräch mit den Eltern suchen***

Statistiken dokumentierten das Problem nur unzureichend, glaubt Schulpsychologe Seifried. «Teilweise wird das Fernbleiben von den Eltern oder durch ein Attest entschuldigt», erklärt er. Aufgabe der Schule sei es, frühzeitig das Gespräch mit den Eltern zu suchen und Schulpsychologen einzuschalten. «Für das Verhalten des Kindes gibt es immer eine Ursache.»

Um Schüler wieder zurückzugewinnen, sei es wichtig, ihnen Erfolgserlebnisse zu verschaffen. Auch gute Beziehungen zum Klassenlehrer und zu den Mitschülern seien entscheidend. «Das Kind muss das Gefühl haben: Mein Lehrer mag mich, ich habe Freunde in der Klasse», sagt Seifried. Zugleich müsse die Lehrkraft Regeln und Orientierung vermitteln.

Oftmals beginne das Problem aber bei den Eltern, weiß Stefanie Höfer, Leiterin des Beratungszentrums «Rebuz Bremen-West», das Familien in sozial benachteiligten Stadtteilen unterstützt. Die Eltern hätten beispielsweise überhöhte Leistungserwartungen an ihr Kind. Oder sie hätten es verpasst, den Nachwuchs auf Trennungssituationen vorzubereiten, sagt Höfer.

Auch bei Familie Neumer fingen die Probleme bereits in der Grundschule an. Später blieb ihr Sohn dem Unterricht über Monate fern und isolierte sich sozial. Trotz Überforderung redeten die Neumers, die eigentlich anders heißen, aus Scham nicht offen über die Situation. «Wir hatten Angst zu hören: Wie kann es sein, dass euer Kind euch auf der Nase herumtanzen kann.» Wirksame Unterstützung bekamen sie erst, als sie sich ans Jugendamt wendeten. Heute hat ihr Sohn einen Schulabschluss.

Auch Familie Sunder brauchte lange, um gegenzusteuern und die Gründe für Tims Verhalten zu finden. «Wir waren gerade erst umgezogen, wir dachten, das renkt sich ein», sagt Claudia Sunder.

### ***Eltern probierten alles aus***

Die Sanders probierten alles aus: Sie machten klare Ansagen, sie gingen mit ihrem Sohn zur Psychologin, drohten mit Sanktionen, am Ende machten sie aus lauter Verzweiflung Bestechungsversuche: Lego gegen Schulbesuch. Manchmal lief es ein paar Wochen gut. Aber eines Tages kam er nach Hause, warf sich weinend auf den Boden und sagte zu seiner Mutter: «Die Schule macht mich krank.» Er zeigte Anzeichen einer Depression.

Ein IQ-Test brachte Klarheit: Der Junge ist hochbegabt. Er war immer schon besonders gut in Mathe, er wollte schnell vorankommen - die Lehrerin bremste ihn. Da verlor er die Lust. Wäre die Hochbegabung früher festgestellt worden, hätte vieles vielleicht anders laufen können. Claudia Sunder sagt: «In Grundschulen gibt es gute Konzepte für Kinder mit Förderbedarf, aber keine, wenn sie Dinge deutlich schneller auffassen als andere.»

In der dritten Klasse forderte die Schulleitung die Eltern auf, für Tim eine andere Schule zu suchen. Seit dem Sommer geht er in die vierte Klasse einer Schule in der Nachbarstadt. Dort ist das Lehrerkollegium bereit, auf Tims Besonderheiten einzugehen. Er hat einen Assistenten, der ihn in den Unterricht begleitet. «Tim ist wie ausgewechselt», sagt seine Mutter. Nach drei Jahren ist in der Familie Ruhe eingekehrt.

**Janet Binder (Hannover)**

#### **Internet:**

- Informationen des Berliner Senatsverwaltung für Bildung zum Thema Schulverweigerung <http://dpaq.de/n8pza>
- Fachliche Empfehlungen des Freistaats Thüringen zum Umgang mit Schuldistanz <http://dpaq.de/O1olw>
- Klaus Seifried: Schuldistanz - Zahlen, Ursachen, Maßnahmen <http://dpaq.de/TaWcX>
- Rebus Bremen zu Schulvermeidung <http://dpaq.de/CxDKT>

## **KULTURPOLITIK**

### **Verlegerwechsel - Turbulenzen bei Rowohlt**

**Hamburg (dpa)** - Das haben sich die Verantwortlichen sicherlich anders vorgestellt: Voller Stolz verkündete Joerg Pfuhl, Chef der Holtzbrinck Buchverlage, vor zwei Wochen einen Wechsel an der Spitze des Rowohlt Verlages: Florian Illies, bekannt durch seine Bestseller «Generation Golf» und «1913», soll zum 1. Januar 2019 Leiter des traditionsreichen Hamburger Verlags werden und Barbara Laugwitz ablösen, die vor vier Jahren auf Alexander Fest gefolgt war. «Florian Illies ist ein seltener Glücksfall für Rowohlt. Er kennt die Buchbranche aus der Sicht des Autors ebenso wie als umfassend interessierter Journalist», verkündete Pfuhl. Zwei Wochen später steht die Konzernspitze vor einem Scherbenhaufen.

Die Manager haben wohl unterschätzt, wie beliebt Barbara Laugwitz bei ihren Autoren ist. Fassungslos reagierten diese auf den überraschenden Rauswurf und den Umgang der Konzernspitze mit ihrer Verlegerin. «Viele von uns sind verwundert über diesen Vorgang, einige entsetzt», heißt es in einem offenen Brief, der am 12. September veröffentlicht wurde und den unter anderem Katharina Adler, Till Raether, Eugen Ruge und Heinz Strunk unterschrieben haben.

#### ***Autoren reagieren mit Unverständnis***

Zuvor hatte bereits Bestseller-Autor Daniel Kehlmann («Tyll», «Die Vermessung der Welt») bei einer Preisverleihung in Berlin im Beisein des Bundespräsidenten mit Unverständnis reagiert. Am Ende seiner Rede bedankte er sich ausdrücklich bei Laugwitz, «auch im Namen von so unterschiedlichen Kollegen wie Martin Walser, Ildikó von Kürthy, Jonathan Franzen und Eckart von Hirschhausen» für vier Jahre souveräner und tatkräftiger Arbeit: «Dieser simple Satz ist leider schon mehr Dank als die Holtzbrinck-Führung für ihre erfolgreichste Verlegerin erübrigen konnte».

Noch drastischer hatten namhafte Rowohlt-Autoren in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» (FAZ) Kritik geäußert. «Barbara ist einfach eine brillante Verlegerin gewesen. Ich kann nur glauben, dass ihr Rauswurf ein schrecklicher Irrtum war», schrieb der amerikanische Schriftsteller Jonathan Franzen. Paul Auster nannte Laugwitz eine der besten Verlegerinnen, mit denen er je gearbeitet habe. «Ihr Rausschmiss ergibt für mich keinen Sinn.»

Auch seine Ehefrau Siri Hustvedt, ebenfalls erfolgreiche Rowohlt-Autorin, beklagte die rätselhafte Entlassung einer Frau, «die so brillant gearbeitet hat». Besonders wütend reagierte Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Je-

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - KULTURPOLITIK

linek: «Jetzt ist schon wieder eine Frau rausgekippt worden wie Abfall», schrieb die Österreicherin.

Nach dem kommunikativen Desaster bemüht sich die Konzernspitze nun um Schadensbegrenzung. Vor allem die Unmöglichkeit, mit Laugwitz in Kontakt zu treten, hatten einige Autoren «als unverständlich und unwürdig» kritisiert. Die Tatsache, dass Laugwitz zunächst nicht erreichbar gewesen sei, basiere vermutlich auf einem Missverständnis, schreibt Pfuhl in einem Brief an die Autoren, der dpa vorliegt.

«Es bestand eine Vertraulichkeitsregelung bis zur Veröffentlichung der Pressemitteilung. Natürlich wollten wir die Beziehung zwischen Ihnen und Frau Laugwitz nicht unterbinden», heißt es da. Trotz Verständnis für die Verärgerung der Autoren bekräftigte Pfuhl die Entscheidung wegen «unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten».

Über die Gründe für die Entlassung wird also weiter spekuliert. Einige Medien kritisierten trotz guter Umsatz- und Gewinnzahlen bei Rowohlt «die geringe öffentliche Präsenz» von Laugwitz, für andere ist die umstrittene Personalie ein Ausdruck der Krise am Buchmarkt - das autorenzentrierte Verlegen gerate immer mehr ins Hintertreffen.

Tatsache dürfte sein, dass sich Florian Illies einen angenehmeren Start gewünscht hätte. Bei seiner Ernennung hatte der 47-Jährige noch Optimismus verbreitet: «Man muss das Buch nicht schützen, es ist vital und geheimnisvoll und unzerstörbar. Aber es muss seinen Platz behaupten, muss es schaffen, attraktiver zu sein als der Blick zum Handy, ein Gegengift quasi», sagte er «Spiegel Online».

Carola Große-Wilde (Hamburg)

### **Internet:**

- Rowohlt Verlag <http://dpaq.de/PHHRL>

## **EU-Parlament einig bei Urheberrecht**

**Straßburg (dpa)** - Bei der umstrittenen Reform des EU-Urheberrechts hat sich das Europaparlament auf eine gemeinsame Position inklusive des Leistungsschutzrechts für Presseverleger geeinigt. Die explizite Einführung von Upload-Filtern bei Plattformen wie YouTube sieht der Vorschlag, der am 12. September im Straßburger Parlament eine Mehrheit bekam, nicht vor. «Das war ein gutes Zeichen für unsere Kreativindustrie in Europa», sagte der verantwortliche Berichterstatter Axel Voss (CDU).

Die Reform des EU-Urheberrechts soll das Copyright ans digitale Zeitalter anpassen. Zeitungsverlage, Autoren, Plattenfirmen und andere Rechtein-

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - KULTURPOLITIK

haber sollen fairer für ihre Leistung entlohnt werden. Kritiker sehen die Gefahr von Zensur.

«Das heutige Votum ist ein großer Schritt hin zu einem durchsetzbaren Urheberrecht auch im digitalen Bereich», sagte Voss nach der Abstimmung. «Wir brauchen eine angemessene Vergütung für Künstler, Kreative und Journalisten.» Rechte-Inhaber hätten Anspruch auf ihr geistiges Eigentum - sowohl online als auch offline.

Voss kann nun in die Verhandlungen mit den EU-Staaten über die Reform eintreten. Noch vor zwei Monaten hatte das Parlament seinen Vorschlag abgelehnt, Voss überarbeitete ihn daraufhin in Details.

### ***Monatelanger Kampf um Copyright-Reform***

Kultur- und Medienstaatsministerin Monika Grütters (CDU) begrüßte die Entscheidung des EU-Parlaments zur Urheberrechtsreform und wünscht sich bald die nächsten Schritte. «Professionelles kreatives Schaffen muss sich auch im Zeitalter des Internets lohnen», sagte die CDU-Politikerin. Nur so sei es möglich, kulturelle und journalistische Vielfalt zu erhalten und die Kultur- und Kreativwirtschaft in Europa zu stärken. «Der Rat der Europäischen Union, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament sollten den rechtlichen Rahmen dafür in den kommenden Monaten in diesem Sinne gestalten.»

Monatelang wurde heftig um die Copyright-Reform gekämpft. Besonders umstritten war die Einführung des Leistungsschutzrechts sowie der sogenannten Upload-Filter. Der am 12. September verabschiedete Vorschlag sieht vor, dass Plattformen wie Google News künftig nicht mehr ohne Weiteres Überschriften oder ganze Ausschnitte von Presstexten veröffentlichen dürfen. Vielmehr sollen sie die Verlage um Erlaubnis bitten und gegebenenfalls dafür zahlen.

Auf die explizite Nennung von Upload-Filtern verzichtet der angenommene Voss-Kompromiss. Allerdings sieht der Text vor, dass die Verantwortung - also die Haftung - für Uploads bei Plattformen wie YouTube liegt. Kritiker erwarten deshalb, dass die Plattformen alles tun werden, um keine Rechte zu verletzen - und deshalb Upload-Filter einführen werden.

«Es ist wirklich bedauerlich, dass wir es nicht geschafft haben, Upload-Filter zu verhindern», sagte der EU-Parlamentarier Tiemo Wölken (SPD). Upload-Filter überprüfen schon beim Hochladen von Inhalten, ob Bilder, Videos oder Musik urheberrechtlich geschützt sind. Kritiker befürchten, dass die Plattformen künftig zu viele Inhalte blockieren - und so Zensur betreiben.



## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - KULTURPOLITIK

Auch die Netzpolitikerin Julia Reda war nach dem Votum enttäuscht. Die Mehrheit des Parlaments habe sich mit kosmetischen Änderungen zufrieden gegeben und den lauten Protest aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft ignoriert. «Wer das Hochladen von urheberrechtlich geschütztem Material auf große Plattformen wie YouTube und Facebook verhindern will, darf keinen Präventivangriff auf legale Meinungsäußerungen vom Zaun brechen», sagte Reda, die Mitglied der Grünen-Fraktion im EU-Parlament ist.

Der europäische Verbraucherschutzverband Beuc kritisierte, dass von Nutzern hochgeladene Inhalte, in denen geschützte Inhalte vorkommen, nach der Parlaments-Position künftig blockiert werden könnten. Es sei unverständlich, dass die Parlamentarier es nicht schafften, das Urheberrecht ins 21. Jahrhundert zu bringen. «Verbraucher drücken sich heute durchs Samplen, Erschaffen und Mixen von Musik, Videos und Bildern aus, die sie anschließend online teilen», sagte Generaldirektorin Monique Goyens. Diese Freiheit sei durch die Entscheidung bedroht.

**Michel Winde (Brüssel) und Sebastian Kunigkeit (Paris)**

### **Internet:**

- Vorschlag der EU-Kommission von 2016 <http://dpag.de/6LGdD>

## **Tamas Detrich übernimmt Stuttgarter Ballett**

**Stuttgart (dpa)** - Auch wenn Tamas Detrich fast sein ganzes Leben mit dem Tanz am Stuttgarter Ballett verbracht hat - einfach ein «Weiter so» soll es unter seiner Intendanz nicht geben. Der mit seinen 59 Jahren noch auffällig drahtige Detrich verspricht einen Mix aus Kontinuität und neuen Akzenten für seine erste Spielzeit. Kontinuität bedeutet für ihn zuerst die Pflege des Erbes von John Cranko (1927-1973). Der Brite war es, der das Ballett einst zu Weltruhm führte - unter anderem mit einem gefeierten Gastspiel in New York. Seither steht es für klassischen wie modernen Tanz gleichermaßen.

New York war lange auch die Heimat von Tamas Detrich. Dort kommt er 1959 als Sohn ungarischer Einwanderer auf die Welt. Sein Vater ist im Zuge des von den Sowjets niedergeschlagenen Volksaufstandes 1956 in die USA ausgewandert. Legendär ist in New York ein Piano-Museum mit alten Flügeln seines Vaters und ein Klavier-Geschäft in der Nähe der Carnegie-Hall. Sogar John Lennon und Ella Fitzgerald nutzen das handwerkliche Können seines Vaters, wie sich Detrich erinnert.

«Wegzugehen von New York war eine große Entscheidung.» 16 Jahre alt ist Detrich, als er an der Metropolitan Opera zu einem Vortanzen für das

Stuttgarter Ballett in New York kommt. Schon sechs Wochen später - im August 1975 - beginnt er seine Ausbildung in Stuttgart. Er bleibt hängen in der Schwabenmetropole. Der in Stuttgart eingebürgerte Kanadier wohnt auch nach seinem Abschied vom Ballett in der Stadt. Wie Anderson steht auch Detrich für die Internationalität des Balletts mit seinen 63 Tänzern.

Ziel und Hoffnung sei es, die Compagnie künftig größer zu machen. Er hätte gern zehn Tänzer mehr. «Es ist ein bisschen kompliziert. Aber wir sind eine große klassische Compagnie.» Und für die Aufführung der Klassiker werde mehr Personal gebraucht. Das Stuttgarter Ballett könne Engpässe selbst kaum überbrücken. «Wie wir überleben, ist durch die John-Cranko-Schule - durch die Schüler. Aber das ist nur ein Pflaster. Das ist kein Rezept», sagt er.

Und die Pläne? Für seine erste Spielzeit kündigt Detrich unter anderem ein Wiedersehen mit dem Starchoreographen Jirí Kylián und dem Bühnenbildner Jürgen Rose an, einem langjährigen Wegbegleiter Crankos. Engagiert habe er nach einem Besuch in Großbritannien zudem den gefragten Tänzer und Choreographen Akram Khan.

**Ulf Mauder (Stuttgart)**

### **Internet:**

- Stuttgarter Ballett <http://dpaq.de/cBE6O>

## **«JBG3» als jugendgefährdend eingestuft**

**Bonn/Düsseldorf (dpa)** - Die Entscheidung aus Bonn dürfte dem Boss, wie sich Gangster-Rapper Kollegah nennen lässt, allenfalls ein müdes Lächeln abringen. Das Erfolgs- und Skandal-Album «Jung, Brutal, Gutaussehend 3», das zum scheppernden Aus für den Musikpreis Echo geführt hat, wird neun Monate nach seinem Erscheinen auf die Liste jugendgefährdender Medien gesetzt. Bereits im April hatte es Platin-Status erreicht, sich mehr als 200 000 Mal verkauft.

In Köln ging am 11. September das letzte Konzert der «JBG 3»-Tour über die Bühne. Es war ausverkauft. Auf Platz Eins gestartet, war das Album zuletzt auf Platz 94 abgesackt. Die Ära «JBG» ist offiziell für beendet erklärt und Kollegah hat längst zwei neue Eisen im Feuer: sein Buch «Das ist Alpha» und das neue Album «Platin war gestern».

Da wirkt die Entscheidung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien in Bonn, das Album nach fast zehn Monaten mit Werbe- und Verkaufsverboten zu belegen, unfreiwillig komisch. Doch deren Vorsitzende Martina Hannak betont, dass dies ihrer Behörde nicht anzulasten sei. «Wir dürfen nur auf Antrag oder Anregung tätig werden», erklärt Hannak.

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - KULTURPOLITIK

Anregen kann die Indizierung jede Behörde in Deutschland, den Antrag stellen kann jede Jugendbehörde. Doch erst mit dem Eklat bei der Echo-Verleihung für das Album im April kam die erste Behörde auf die Idee, es überprüfen zu lassen. Kollegah und Farid Bang seien persönlich zur Anhörung gekommen und hätten sich auf die Kunstfreiheit berufen, berichtet Hannak.

Ergebnis: 2 der 17 Titel werden als jugendgefährdend eingestuft. «Sie sind frauendiskriminierend und verrohend», sagt Hannak am 7. September der Deutschen Presse-Agentur. Darunter ist auch der vielzitierte Vergleich «Mein Körper definierter als von Auschwitzinsassen».

**Frank Christiansen (Düsseldorf)**

### **Internet:**

- Internetseite Echo <http://dpaq.de/24TX4>
- WDR-Doku <http://dpaq.de/qIPvm>
- Kollegahs Video «Apokalypse» <http://dpaq.de/dOjji>
- Essay: Antisemitismus im Rap <http://dpaq.de/thSxu>
- Youtube-Auftritt <http://dpaq.de/X9J1j>
- Wikipedia über Kollegahs Label <http://dpaq.de/XwLEm>
- Mitteilung Bundesprüfstelle <http://dpaq.de/xZREr>
- Charts <http://dpaq.de/KEQ33>

## **Berliner Museumsinsel – Großer Netzauftritt**

**Berlin (dpa)** - Rund 4000 Objekte aus mehr als 6000 Jahren Menschheitsgeschichte aus den Museen der Berliner Museumsinsel haben einen neuen Auftritt im Internet. Die Staatlichen Museen zu Berlin haben dafür ihre Zusammenarbeit mit Google Arts & Culture erweitert. Auf einer neu eingerichteten Themenseite sowie über Apps für Android und iOS sind seit dem 11. September alle fünf Häuser der Museumsinsel online präsent.

Die Zusammenarbeit mit dem Internet-Konzern begann bereits 2009. Damals habe das Bode-Museum mit Google sein erstes Projekt gestartet, sagte Amit Sood von Google Arts & Culture. Allein durch die hohe Auflösung der Exponate werden die Online-Besucher eingeladen, ganz neue Details zu entdecken. Auch neue Sammlungen etwa aus dem noch immer in Renovierung befindlichen Pergamonmuseum seien eingespielt worden, sagte Hermann Parzinger, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, bei der Vorstellung in Berlin.

Die Museen wollen allen Interessierten mit Hilfe von neuen Technologien einen besseren Zugang bieten, aber vor allem auch neue Zielgruppen ansprechen. «Wir gehen dorthin, wo die Menschen sind, die vielleicht gar nicht wissen, dass es uns gibt», sagte Christian Haak, Stellvertretende Ge-

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - KULTURPOLITIK

neraldirektorin der Staatlichen Museen zu Berlin. Neue Technologien wie Augmented Virtual Reality würden nicht nur eingesetzt, weil sie «trendy» sind, sondern einen echten Erlebniswert bieten.

So gibt es online spezielle Expeditionen für Schulen oder versteckte Geschichten hinter berühmten Werken sowie einen virtuellen Rundgang zum berühmten Ishtar-Tor aus dem Pergamonmuseum im einstigen Babylon. Virtuell erfahrbar ist die Stätte samt Prozessionsstraße sowohl aus heutiger Sicht als auch aus der Zeit von vor Tausenden von Jahren. Das Projekt haben die Museen zusammen mit der gemeinnützigen Organisation CyArk entwickelt. Im Rundblick soll sich die einstige Pracht erahnen lassen. Virtual Reality biete noch einmal völlig neue Möglichkeiten, Räumlichkeiten erfahrbar zu machen, sagte Parzinger.

### **Internet:**

- Projekt der Berliner Museumsinsel <http://dpaq.de/1P9OU>

## **Neues kulturelles Zentrum in Hamburg geplant**

**Hamburg (dpa)** - In Hamburg-Barmbek soll für mehr als 36 Millionen Euro ein neues kulturelles Zentrum in einer früheren Fabrik entstehen. Am Wiesendamm werden das Junge Schauspielhaus, die Theaterakademie sowie das Institut für Kultur- und Medienmanagement der Hochschule für Musik und Theater künftig eine neue Heimat haben. Auf mehr als 9000 Quadratmetern entstehen bis Ende 2019 in dem 1917 errichteten Hallenkomplex Bühnen und Flächen für Aufführungen, Proben, Lehre und Forschung. «Wir schaffen mehr Raum für Kultur und Theater», sagte Kultursenator Carsten Brosda (SPD) am 13. September bei der Präsentation der Pläne.

## **Filminstitut erwirbt Fassbinder-Nachlass**

**Frankfurt/Berlin (dpa)** - Das Deutsche Filminstitut in Frankfurt am Main kauft alte Drehbücher und Briefe des Regisseurs Rainer Werner Fassbinder. Unterstützt wird der Kauf von der Kulturstiftung der Länder mit Sitz in Berlin, wie die Stiftung am 13. September mitteilte. Der Nachlass umfasse etwa 180 Archivboxen unter anderem mit Arbeitsdrehbüchern, Finanzierungsplänen, Drehplänen, Verträgen, Produktionsakten und Korrespondenzen. Als Dauerleihgabe übergibt die «Rainer Werner Fassbinder Foundation» die übrige Sammlung mit Produktionsunterlagen, Werk-, Foto-, Audio- und Videoarchiv. Der am 10. Juni 1982 im Alter von 37 Jahren gestorbene Fassbinder ist einer der wichtigsten Filmemacher der Nachkriegszeit.

### **Internet:**

- Pressemitteilung <http://dpaq.de/2utlt>

## **BERUF UND WEITERBILDUNG**

### **Handwerk: Perspektiven für Flüchtlinge in Lehre**

**Frankfurt/Main (dpa)** - Das deutsche Handwerk macht sich für bessere Bleibeperspektiven für Flüchtlinge in Ausbildung stark. Es sei auch mit Blick auf den Fachkräftemangel «völlig widersinnig», dass gut integrierte junge Leute nach Hause geschickt und andernorts Arbeitskräfte angeworben würden, sagte Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer am 13. September in Frankfurt.

Wer hier eine Ausbildung absolviere und integrationswillig sei, solle bleiben dürfen, sagte er vor dem «Tag des Handwerks» am 15. September. Dafür sei eine gesetzliche Übergangsregelung nötig. Zudem sei die «Drei-Plus-Zwei-Regelung» bundesweit einheitlich anzuwenden. Sie sieht vor, dass Flüchtlinge unter bestimmten Bedingungen eine Ausbildung in Deutschland beginnen und danach zwei Jahre weiter hier als Fachkraft arbeiten können.

Derzeit absolvierten mehr als 11 000 Flüchtlinge eine Ausbildung in einem Handwerksberuf. Wenn gut integrierte junge Menschen abgeschoben würden, «dann schieben wir genau die Falschen ab», sagte Wollseifer.

Generell mache der Nachwuchsmangel dem Handwerk weiter zu schaffen. So waren zum Start ins neue Ausbildungsjahr Ende August bundesweit rund 27 000 Lehrstellen unbesetzt. Bewerber hätten daher auch jetzt noch gute Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Auch allein über die Integration von Flüchtlingen werde Deutschland seinen Fachkräftebedarf in Zukunft nicht decken können. In der Debatte über ein neues Einwanderungsgesetz sollten deshalb beruflich Qualifizierte in den Blick genommen und Migrationsabkommen mit Ländern mit vergleichbaren Berufsbildungssystemen geschlossen werden.

#### ***Mehr Flüchtlinge in Ausbildung***

Nach Angaben der Bundesregierung absolvieren immer mehr Flüchtlinge in Deutschland eine Ausbildung. Ihre Zahl sei auf mehr als 31 000 gestiegen, zum Stichtag 30. September 2017 seien dagegen erst gut 27 000 Auszubildende aus den wichtigsten acht Asylherkunftsländern sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen, berichtete die «Rheinische Post» (14. September) unter Berufung auf eine Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion. Im Handwerk würden über 11 000, in Industrie, Handel, Dienstleistungen über 20 000 Flüchtlinge ausgebildet. Knapp fünf Prozent der mehr als 1,5 Millionen Ausbildungsplatz-Bewerber seien 2017 junge Flüchtlinge gewesen.

#### **Internet:**

- Mitteilung ZDH <http://dpaq.de/n9xtH>

### **Niedersachsen reguliert Pflege-Ausbildung neu**

**Hannover (dpa)** - Um mehr Pflegepersonal zu gewinnen, will in Niedersachsen ein Bündnis aus Kommunen und Verbänden eine übergreifende Ausbildung für die Branche anbieten. «Es wird eine gemeinsame Ausbildung geben, die es den Auszubildenden ermöglicht, danach in allen Bereichen zu arbeiten: Ganz allgemein in der Pflege, der Alten- oder der Kinderkrankenpflege; und es wird einen weiteren Studiengang geben», sagte Niedersachsens Sozial- und Gesundheitsministerin Carola Reimann (SPD) am 10. September.

Die gesetzliche Grundlage für die neue Ausbildung soll Ende des Monats im Bundesrat geschaffen werden, ab 2020 werde die Reform dann umgesetzt. Das Land will sich mit einer Anschubhilfe von 600 000 Euro daran beteiligen. Danach kann sich ein Pfleger künftig ab dem zweiten Ausbildungsjahr entscheiden, ob er im letzten Jahr die EU-weit anerkannte generelle Pfleger-Ausbildung macht oder sich als Kinderkrankenpfleger oder Altenpfleger spezialisiert.

Die Finanzierung der Ausbildung soll über ein Umlageverfahren erfolgen, an dem alle bisherigen Kostenträger und das Land Niedersachsen beteiligt sind. «Es wird überall eine Ausbildungsvergütung geben, das wird alles aus einem Topf finanziert», sagte die Ministerin.

Im Land werden an rund 3000 Pflegeeinrichtungen (Alten-, Gesundheits- und Kranken- sowie Kinderkrankenpflege) 14 500 junge Menschen ausgebildet - zu wenig. Der Mangel gewinnt auch angesichts einer alternden Bevölkerung an Bedeutung. Sollte sich die aktuelle Entwicklung fortsetzen, dürften nach Schätzungen der Landesregierung rund 52 000 Pflegekräfte in Niedersachsen bis zum Jahr 2030 fehlen - die Hälfte Altenpfleger.

#### **Internet:**

- Netzwerk Fachkräftesicherung <http://dpag.de/9Ah62>

### **Druck im Bäckerhandwerk**

**München (dpa)** - Trotz Nachwuchsmangels und Filialsterbens blickt der Präsident des Zentralverbands des deutschen Bäckerhandwerks, Michael Wippler, zuversichtlich in die Zukunft. «Das Bäckerhandwerk steckt den Kopf nicht in den Sand», sagte Wippler der Deutschen Presse-Agentur kurz vor Beginn der Internationalen Bäckereiausstellung (iba), der wichtigsten Fachmesse der Branche. «Wir haben im letzten Jahr einen Umsatzzuwachs erzielt.» Zudem sei zum ersten Mal seit mehr als zehn Jahren die Zahl der Auszubildenden wieder gestiegen. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 6250 Bäcker ausgebildet, rund 1,7 Prozent mehr als im Jahr davor. Auch die Zahl der Mitarbeiter in den Betrieben nahm im Schnitt zu.

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - BERUF UND WEITERBILDUNG

Auch wegen der Arbeitszeiten in den frühen Morgenstunden leidet die Branche besonders unter Nachwuchsmangel. Mit den Preisen der sogenannten Backshops, in denen sich Kunden industriell gefertigte Backwaren selbst aus den Behältern zusammensuchen, können die Handwerksbetriebe nicht mithalten. «Da gibt es nichts zu beschönigen», sagt Wippler.

### **Schul-Berufsorientierung führt oft an die Uni**

**Berlin (dpa)** - Weiterführende Schulen informieren Schüler bei der Studien- und Berufsorientierung laut einer Umfrage überwiegend über Studienangebote. Dass der Weg ins Berufsleben auch über eine Ausbildung führen kann, kommt dabei oft nur am Rande zur Sprache. Das geht aus einer Befragung des Meinungsforschungsinstituts Civey im Auftrag des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) hervor, die der Deutschen Presse-Agentur in Berlin vorliegt. Erschreckend ist laut DIHK, dass rund ein Fünftel der Eltern wahrnehmen, dass ihren Kindern keinerlei Angebote zur Berufs- und Studienorientierung in der Schule gemacht werden.

DIHK-Präsident Eric Schweitzer sagte: «Wir müssen alle gemeinsam mehr dafür tun, dass mögliche Azubis und Studierende schon im frühen Schulalter genauso viel über die duale Ausbildung informiert werden.» Auch viele Eltern wüssten nicht, dass der Weg über eine Ausbildung und eine anschließende höhere Berufsbildung oftmals ebenso gute Karrierechancen und Verdienstmöglichkeiten biete.

### **Hamburg zahlt neuen Meistern Prämie**

**Hamburg (dpa)** - Wer in Hamburg die Meisterprüfung ablegt, wird künftig mit einer Prämie von 1000 Euro belohnt. Das teilte Bildungssenator Ties Rabe (SPD) am 11. September in der Hansestadt mit. Damit solle die berufliche Weiterbildung finanziell dem Studium an einer Hochschule näherkommen. «Das Studium ist nicht der bessere Weg, die berufliche Weiterbildung ist absolut gleichwertig. Es ist nicht einzusehen, dass sie gegenüber dem Studium schlechter finanziert ist», sagte Rabe.

Bislang könnten zwar angehende Meister und Fachwirte Bafög beziehen, doch würden die hohen Kursgebühren und oft auch Materialkosten für berufliche Weiterbildungen nur teilweise durch staatliche Zuschüsse ausgeglichen. Wer seine Weiterbildung erfolgreich abschließen müsse im Durchschnitt rund 13 500 Euro Gebühren zahlen, von denen nach Abzug staatlicher Zuschüsse rund 2500 Euro als eigene Belastung bleiben.

#### **Internet:**

- Mitteilung der Bildungsbehörde <http://dpaq.de/VNZOJ>

## **FORSCHUNGSPOLITIK**

### **Zukunftspreis – Zahnrad neu erfunden**

**München (dpa)** - Die Weichen für das Auto der Zukunft scheinen gestellt: Elektromobilität. Die meisten verstehen darunter Fahrzeuge, die ihre Energie aus einer Batterie beziehen. Aber es geht auch über Wasserstoff, der über eine Brennstoffzelle einen Elektromotor antreibt. Das Manko: Wasserstoff konnte bisher nur sehr aufwendig unter extrem hohem Druck oder bei minus 250 Grad Celsius verflüssigt und gespeichert werden.

Jetzt wurde eine Technik erfunden, mit der Wasserstoff wie Benzin sicher und einfach transportiert und an Tankstellen gezapft werden könnte. Die Entwicklung ist zusammen mit zwei weiteren Projekten - eines aus dem Maschinenbau und eines aus der Medizin - für den Deutschen Zukunftspreis nominiert.

Die drei Forscherteams stellten am 12. September in München ihre Arbeiten vor und hoffen nun auf den Zuschlag, wenn Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Auszeichnung am 28. November in Berlin verleiht. Der mit 250 000 Euro dotierte Deutsche Zukunftspreis gehört zu den bedeutendsten Wissenschaftspreisen in Deutschland.

#### ***Speichermedium bleibt als «flüssige Pfandflasche» erhalten***

Wissenschaftler der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen und der ausgegründeten Firma Hydrogenious Technologies haben eine Methode entwickelt, wie Wasserstoff chemisch auf einer Trägerflüssigkeit gespeichert und so gefahrlos transportiert werden kann. Später werde der Wasserstoff von der Trägerflüssigkeit wieder getrennt. Das Speichermedium bleibe als «flüssige Pfandflasche» erhalten, beschrieb der Chemieingenieur und Teams-Sprecher Peter Wasserscheid.

Mit der LOHC-Technologie (liquid organic hydrogen carrier) könne bestehende Infrastruktur an Tankstellen, Tankschiffen und -wagen weiter genutzt und so viel Geld gespart werden. Es ermögliche eine «Wasserstoffwelt» «im Gewand der heutigen Kraftstoffversorgung». Neun Anlagen für industrielle Zwecke seien schon im Einsatz, neun weitere in Planung oder im Bau, etwa für Deutschland, die USA und China.

Eine völlig neue Art von Getriebe haben Ingenieure des Antriebsspezialisten Wittenstein aus dem baden-württembergischen Igersheim gebaut. Anstatt wie bisher mit Zahnrädern, die punktuell im Einsatz sind, arbeitet es mit einer Spiralform und Einzelzähnen. «Wir haben zwar nicht das Rad, aber das Zahnrad neu erfunden», sagte der Ingenieur und Gruppen-Sprecher Thomas Bayer.



Statt gegeneinander zu rotieren, gleiten die Zähne in einer Innenverzahnung auf und ab. Dabei greift ständig eine sehr große Zahl an Zähnen ineinander. «Wir wollten, dass die Zähne möglichst immer im Einsatz sind. Deshalb haben wir sie anders angeordnet», sagte Bayer. Dabei habe man sich an der Natur orientiert: Die Zähne sind in einer Spirale platziert, wie sie in Wirbelstürmen oder Galaxien vorkommt. Das «Galaxie-Getriebe» ist bereits in Dreh- und Fräsmaschinen im Einsatz. Es könne die Leistung um bis zu 100 Prozent steigern. Künftig soll es auch aus Kunststoff gebaut werden, etwa für die Autoindustrie und für leichte, bewegliche Roboter.

Das Projekt der aus Bayer hervorgegangenen Firma AiCuris (Anti-infective Cures GmbH) in Wuppertal hat einem Herpes-Virus den Kampf angesagt. Etwa jeder Zweite trage das Cytomegalie-Virus in sich, meist mache es aber keine Probleme, sagte Firmengründerin Helga Rübsamen-Schaeff. Ein gesunder Organismus könne es gut in Schach halten. Aber: «Wenn das Immunsystem geschwächt ist, kann es sehr schnell lebensbedrohlich werden.» Insbesondere nach Knochenmark-Transplantationen haben Patienten keine Immunabwehr.

### ***Bisherige Mittel mit schweren Nebenwirkungen***

Das neue Medikament sei das erste, das gleich nach Knochenmark-Transplantationen gegeben werden könne, um das Virus vorbeugend in Schach zu halten, sagte Rübsamen-Schaeff. Es greife nicht wie bisherige Arzneien ein Enzym an, das auch der Mensch habe, sondern eines, das nur im Virus bestehe. Bisherige Mittel hätten schwere Nebenwirkungen und würden erst bei Problemen verabreicht. Rund 40 000 Menschen weltweit sind laut Rübsamen-Schaeff jährlich betroffen. Nach ersten Studien sei mit dem Medikament die Überlebenschance signifikant gestiegen.

Derzeit werde der Einsatz bei Nierentransplantationen geprüft. Auch bei HIV-Patienten, Patienten auf Intensivstationen oder Säuglingen könne sich das Virus im Körper ausbreiten, Organe schädigen, zu Lungenentzündung oder einer Augeninfektion bis hin zur Erblindung führen. «Wir glauben, dass auch außerhalb der Transplantationsmedizin Potenzial ist», sagte Rübsamen-Schaeff. Die Arznei ist bereits unter anderem in den USA, in Europa und in Japan zugelassen.

Sabine Dobel (München)

### **Internet:**

- Deutscher Zukunftspreis <http://dpaq.de/kly9z>
- Hydrogenious Technologies <http://dpaq.de/TKafy>
- AiCuris, u.a. zu Medikament PREVYMIS <http://dpaq.de/EtpWb>
- Wittenstein zu neuem Galaxie-Getriebe <http://dpaq.de/J8B40>

### **Künstliche Intelligenz revolutioniert Forschung**

**Saarbrücken (dpa)** - Nach dem Einzug in Fabriken, Büros, Autos und Wohnungen kommt Künstliche Intelligenz (KI) jetzt auch zunehmend in die Forschungslabore. Immer mehr Wissenschaftler nutzen Roboter oder digitale Assistenzsysteme, um Routinearbeiten bei Recherchen und Analysen sowie Experimente zu erledigen, sagte der Chef des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI), Professor Wolfgang Wahlster, der Deutschen Presse-Agentur in Saarbrücken. Dies revolutioniere nicht nur das wissenschaftliche Arbeiten: «Es bietet auch die Chance, eine neue, bislang unerreichte Qualitätsstufe in der Forschung zu erklimmen», sagte der 65-Jährige.

Das Revolutionäre bei Künstlicher Intelligenz im Labor sei: «Dass der Computer nicht mehr nur Daten digital bereitstellt, verarbeitet und verteilt, sondern dass er auch den Inhalt von Texten, Bildern und Sensordaten verstehen kann.» So werde er zum digitalen Hilfswissenschaftler der Forscher. Über Künstliche Intelligenz für die Digitalisierung der Wissenschaften diskutieren Experten bei der 130. Versammlung der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte (GDNÄ) vom 14. bis 17. September in Saarbrücken. «Es ist das erste Mal, dass über dieses Thema diskutiert wird», betonte Wahlster, Präsident der GDNÄ.

#### ***Roboter-Teams können autonom arbeiten***

Der Einsatz Künstlicher Intelligenz in der Wissenschaft berge «enorme Potenziale»: Durch rasante Fortschritte beim maschinellen Lernen könnten extrem große Datenmengen in kürzester Zeit gesichtet, klassifiziert und ausgewertet werden, sagte Wahlster. Dies bedeute beispielsweise, dass in der Astrophysik Aufnahmen aus Teleskopen zehn Millionen Mal schneller als bisher interpretiert würden.

Zudem könnten Roboter-Teams verschiedener Spezialisierung in lebensfeindlichen Umgebungen wie im Weltraum oder in der Tiefsee Forschungsarbeiten autonom ohne Fernsteuerung erledigen und Beobachtungen den Forschern melden. Schon heute arbeiteten «digitale Assistenten» Hand in Hand mit den Forschern - zuverlässig und schneller als «Heerscharen von Hilfswissenschaftlern, die bisher die repetitive Kärnerarbeit in den Forschungslaboren leisten».

Sie könnten dafür sinnvollere Tätigkeiten erledigen. «Ich bin überzeugt, dass die Qualität der Forschung dadurch noch mal einen Quantensprung machen kann», sagte der Informatiker. Klar sei aber auch: «Durch KI kann der Wissenschaftler nicht ersetzt werden.» Natürlich müsse der Mensch weiterhin die Theorie dahinter entwickeln. Forschung auf KI-Basis sei vor

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

allem in der Mathematik, Informatik, den Naturwissenschaften und der Technik ein Thema.

Die Schattenseite der Digitalisierung der Wissenschaften sei der höhere Aufwand für Sicherheitsvorkehrungen, der notwendig sei, um sich vor kriminellen Angriffen auf Einrichtungen und Datenzentren zu schützen. Da müsse in Deutschland noch nachgebessert werden.

**Birgit Reichert (Trier)**

### **Internet:**

- 130. Versammlung der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte vom 14. bis 17. September <http://dpaq.de/v963F>
- Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz <http://dpaq.de/Yc4wr>
- Forschungsbereich Kognitive Assistenzsysteme <http://dpaq.de/SEiRw>

## **Bergbau im All - Luxemburgs Weltraumagentur**

**Luxemburg (dpa)** - Für das Großherzogtum Luxemburg ist das Weltall viel mehr als Sonne, Mond und Sterne. Aus Sicht des zweitkleinsten EU-Landes ist der Weltraum vor allem ein riesiges Geschäftsfeld. Mit der Gründung einer luxemburgischen Weltraumagentur (Luxembourg Space Agency/LSA) macht die Regierung einen weiteren Schritt in Richtung kommerzieller Nutzung. Es geht um das «Auftanken» von Satelliten und Raketen, um Ersatzteil-Herstellung mit 3D-Druckern und um den Abbau von Wasser, seltenen Erden und anderen Rohstoffen auf Asteroiden.

«Ich denke nicht, dass das Science-Fiction ist», sagte der luxemburgische Wirtschaftsminister Etienne Schneider der Deutschen Presse-Agentur anlässlich des Startschusses der nationalen Weltraumagentur am 12. September. Seit Anfang 2016 greift Luxemburg nach den Sternen im All, wo nach Ansicht von Experten Rohstoffe im Milliardenwert schlummern. Eine Menge ist bereits passiert.

Ganz zentral: Luxemburg hat als einziges EU-Land einen Rechtsrahmen für All-Aktivitäten geschaffen. Das Gesetz vom Sommer 2017 garantiert Unternehmen den Anspruch auf die im Weltraum gewonnenen Ressourcen. Wie beim Fischen im Ozean - da gehören dem Fischer auch die Fische und nicht der Ozean.

Die Initiative «Space Resources» hatte die Luxemburger Regierung mit zunächst 200 Millionen Euro angestoßen. Es gibt einen mit 100 Millionen Euro dotierten Fonds, der in einer Partnerschaft von Staat und Firmen besonders interessante Projekte fördert. Und die neue Weltraumagentur ist, so Schneider, «eine logische Folge von all dem, was wir in den letzten beiden Jahren aufgebaut haben».

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

Mit dem Gesetz haben sich rund 20 Unternehmen der Weltraumbranche auch mit Europa-Zentralen im Großherzogtum angesiedelt, wie der Minister sagte. Zudem seien noch etwa 150 Firmen, Start-ups und Institute an Kooperationen in Luxemburg interessiert. Mit der neuen Agentur, die eng mit der Europäischen Weltraumorganisation Esa zusammenarbeiten wird, ergäben sich auch für Unternehmen aus Drittländern, beispielsweise den USA, Möglichkeiten zur Teilnahme an Esa-Projekten.

Luxemburg will auch von der Weltraumexpertise des heimischen Satellitenbetreibers SES profitieren, der mit rund 60 Satelliten und einem Umsatz von zwei Milliarden Euro Weltmarktführer ist. SES war 1985 mit staatlicher Förderung gegründet worden.

Die Weltraum-Initiative der Luxemburger sei ein «schlauer Schachzug» und «ein wichtiger Schritt», sagte Esa-Generaldirektor Jan Wörner. Das Großherzogtum habe in Europa eine Nische besetzt, die das Land sichtbar mache. Die Idee einer Zusammenarbeit zwischen der luxemburgischen Agentur und der Esa könne auch für Europa «ein sehr guter Weg sein».

### ***Umweltkatastrophen und Waldbrände aus dem All beobachten***

Wirtschaftsminister Schneider sagte, es könne aber noch eine Reihe von Jahren dauern, bis man Mineralien auf Asteroiden abbauen werde. «Aber es gibt auch Geschäftsmodelle, die jetzt schon, kurzfristig oder mittelfristig, funktionieren werden.» Erdbeobachtung beispielsweise helfe Bauern oder Winzern einzuschätzen, wo sie düngen oder welchen Weinstock sie ernten sollen. Umweltkatastrophen und Waldbrände könnten aus dem All beobachtet werden. Eine Raumstation werde unabhängiger von Nachschub von der Erde, wenn sie mit einem 3D-Drucker Ersatzteile herstellen könne.

Und die Lebenszeit eines teuren Satelliten sei durch den Treibstoff begrenzt, der irgendwann ausgehe. Wer Wasserstoff aus dem Eis von Asteroiden produziere und dann zur Betankung von Satelliten verwende, könne mit guten Geschäften rechnen. Schneider: «Und das wird spätestens in drei bis vier Jahren im Weltraum funktionieren.» Vorerst gehe es darum, im All gewonnene Rohstoffe wie Wasserstoff für Raumfahrzeuge und eine «neue Weltraumindustrie» zu nutzen.

Der Abbau seltener Erden, die beispielsweise für Mobiltelefone und andere Elektronik erforderlich sind, könne in einigen Jahren durchaus profitabel sein. Noch sei der Transport zur Erde um ein Vielfaches teurer als deren Wert. Aber: «In den 1970er Jahren hat ein Computer auch vier Millionen Dollar gekostet.»

Während die großen Nachbarn «Zeit verplempern», nutze Luxemburg die Gelegenheit, «Fakten zu schaffen», sagte Schneider: «Wenn diese Firmen einmal in Luxemburg und zufrieden sind, dann sehe ich nicht, warum sie

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

nach Deutschland gehen sollten, wenn die dann auch endlich mal aufgewacht sind.» In Luxemburg habe es nur ein paar Monate gedauert, um den Rechtsrahmen zu schaffen.

**Birgit Reichert (Trier)**

### **Internet:**

- Spaceressources <http://dpaq.de/7Mf0a>
- Abgeordnetenkommission zu Besuch von Jan Wörner in Luxemburg <http://dpaq.de/v4v54>

## **Forscherteam erstellt falsche Webzertifikate**

**Berlin (dpa)** - Forscher aus Darmstadt haben eine Sicherheitslücke im Internet offengelegt, durch die in vermeintlich geschützten Online-Verbindungen Daten wie Passwörter abgegriffen werden können. Experten des Fraunhofer-Instituts für Sichere Informationstechnologie SIT konnten nach eigenen Angaben falsche Webzertifikate erstellen, durch die sich gefälschte Webseiten für echte ausgeben könnten. Die Forscher forderten, die Sicherheit von Internet-Infrastruktur dringend zu verbessern.

Webzertifikate sollen eigentlich vertrauenswürdige Seiten auszeichnen. Sie bilden die Grundlage des sogenannten SSL-/TLS-Protokolls, das die meisten Internetseiten schützt. Die Zertifikate werden von sogenannten Web-CAs (Certificate Authorities) ausgestellt. Gängige Web-CAs verwenden demnach eine Methode namens Domain Validation (DV), um die Identität einer Website zu verifizieren, bevor sie ein Zertifikat ausstellen.

Mit der Aktion sei gezeigt worden, dass die Domain Validation grundsätzlich fehlerhaft sei. «Folglich können viele Web-CAs getäuscht werden, so dass sie falsche Zertifikate ausgeben», hieß es. Das sei besonders für Cyberkriminelle interessant. Sie könnten eine Web-CA angreifen, um ein betrügerisches Zertifikat zu erhalten, beispielsweise für einen bekannten Online-Händler. Die Kriminellen müssten dann nur noch eine Website einrichten, «die diesen Online-Shop perfekt nachahmt, um Kunden-Zugangsdaten abzugreifen».

### ***Keine besondere Ausrüstung nötig***

Eine besondere Ausrüstung sei nicht nötig gewesen: «Während die Details unseres Angriffs technisch ziemlich kompliziert sind, erfordert die Ausführung des Angriffs keine spezielle Rechenleistung» erklärte Haya Shulman vom Fraunhofer SIT. Man brauche nicht mehr als einen Laptop und eine Internetverbindung. Die Schwachstelle sei zwar grundsätzlich bekannt, habe aber als kaum ausnutzbar gegolten.

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

Nach dem Angriff informierte das Fraunhofer SIT die deutschen Sicherheitsbehörden und Web-CAs. Zudem sei zur Abschwächung der Sicherheitslücke eine verbesserte Version der Domain Validation entwickelt worden.

### **Internet:**

- Infos bei Fraunhofer SIT <http://dpaq.de/bAbcW>

## **Deutsche Wissenschaftler erhalten Balzan-Preis**

**Mailand (dpa)** - Die beiden deutschen Wissenschaftler Jürgen Osterhammel (Globalgeschichte) und Detlef Lohse (Physik) erhalten den hoch dotierten Balzan-Preis. Die beiden Wissenschaftler dürfen sich jeweils über ein Preisgeld von 750 000 Schweizer Franken (rund 664 000 Euro) freuen, von dem die Hälfte zur Finanzierung von Forschungsprojekten verwendet werden muss.

Der Historiker Osterhammel, der an der Universität Konstanz arbeitet, habe sich vor allem um die Definition der Globalgeschichte als eigene Teildisziplin verdient gemacht, teilte die internationale Balzan-Stiftung am 10. September in Mailand mit. Lohse, Professor an der niederländischen Universität Twente in Enschede, habe das Fachgebiet der Fluidodynamik mit «herausragenden Beiträgen» vorangebracht. Die Fluidodynamik ist ein Teilgebiet der Strömungslehre und beschäftigt sich mit Flüssigkeiten und Gasen.

Prämiert wurde auch das Kinderhilfswerk Terre des Hommes: Es erhielt den mit einer Million Schweizer Franken (rund 885 000 Euro) dotierten Sonderpreis für Humanität, Frieden und Brüderlichkeit unter den Völkern.

Die Internationale Stiftung Balzan Preis hat sich die Förderung von Kultur und Wissenschaften sowie von Initiativen für Frieden und Brüderlichkeit unter den Völkern zum Ziel gesetzt. Sie wurde nach dem Tod des italienischen Journalisten und Unternehmers Eugenio Balzan (1874-1953) von dessen Tochter errichtet.

### **Internet:**

- Internationale Stiftung Balzan-Preis <http://dpaq.de/FkQKB>

## **HOCHSCHULE**

### **Bauer wegen Zulagenaffäre stärker unter Druck**

**Stuttgart (dpa)** - Der Druck auf die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) im Zuge der Ludwigsburger Hochschulaffäre wächst. Hintergrund sind Rücktrittsforderungen der Oppositionsfraktionen von SPD und FDP. Sie beantragten die Entlassung der Ministerin im Landtag. Beide warfen Bauer am 13. September im Landtag vor, die Unwahrheit gesagt zu haben. Bauer wies die Vorwürfe zurück. «Weder ich noch das Ministerium für Wissenschaft und Kunst haben gelogen», erklärte sie. Grüne und CDU stellten sich hinter die Ministerin.

Bauer ist wegen der Vorgänge rund um Zulagen für Professoren der Beamtenhochschule in Ludwigsburg seit Monaten in der Defensive. Ein Untersuchungsausschuss im Landtag befasst sich damit. In den Fokus rückte zuletzt wieder die möglicherweise unrechtmäßige Abwahl der ehemaligen Rektorin der Hochschule, Claudia Stöckle.

#### ***Verwaltungsgericht: Bauer hat Öffentlichkeit falsch informiert***

Das Verwaltungsgericht Stuttgart hatte die Abwahl als unrechtmäßig eingestuft und dies auch damit begründet, dass Ministerin Bauer die Öffentlichkeit falsch über die Arbeit einer Kommission informiert habe, die zur Abwahl der Rektorin geführt habe. Bauer erklärte dagegen, sie habe seit der Einsetzung der Kommission stets darauf hingewiesen, dass es darum gehe, sich einen zusätzlichen, unabhängigen Blick von außen zu verschaffen. «Und genau das ist auch geschehen. Es wäre für SPD und FDP ein Leichtes gewesen, die Kommissionsmitglieder hierzu direkt zu fragen.» Gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts sei Berufung beim Verwaltungsgerichtshof eingelegt worden.

CDU-Fraktionschef Wolfgang Reinhart warnte vor einer Vorverurteilung. Grünen-Obmann Thomas Hentschel wandte sich gegen den Vorstoß der Opposition. Der von FDP und SPD gestellte Entlassungsantrag, den der Landtag am 26. September behandelt, dürfte so gut wie keine Erfolgschancen haben: Die grün-schwarzen Regierungsfractionen werden ihn wohl abschmettern. Nach der Landesverfassung muss der Ministerpräsident ein Regierungsmitglied erst dann entlassen, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtags dies beschließen.

FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke sagte, die Vorwürfe seien so gravierend, dass man als Opposition agieren müsse. Außerdem habe Bauer die Missstände bei den Zulagen an der Verwaltungshochschule zu verantworten. Nach Ansicht von SPD-Fraktionschef Andreas Stoch sollte die Grünen-Politikerin zurücktreten.

### **Brandenburg will mehr Professuren**

**Potsdam (dpa)** - Die Brandenburger Landesregierung will die vier Fachhochschulen mit 22 zusätzlichen Professorenstellen stärken. Zugleich sollen die Möglichkeiten für Studenten zur Promotion verbessert werden, kündigte Wissenschaftsministerin Martina Münch (SPD) am 10. September in Potsdam an. «Die Fachhochschulen sind der wichtigste Ausbildungsplatz für die Fachkräfte, die in den Unternehmen dringend gebraucht werden», sagte die Ministerin. «Daher wollen wir die Attraktivität deutlich erhöhen.» Für das «Zukunftsprogramm» stellt die Landesregierung vom kommenden Jahr an einmalig 2,4 Millionen Euro und jährlich 3,1 Millionen Euro bereit.

Für die Promotionen sollen die Fachhochschulen mit den Universitäten kooperieren. «Wichtig ist, dass es mit der neuen Richtlinie einen für unsere Studenten strukturierten Weg zur Promotion gibt», sagte die Präsidentin der Technischen Hochschule Wildau, Ulrike Tippe.

Doch auch für die Lehrenden solle die Fachhochschule mit mehr Möglichkeiten in der Forschung attraktiver werden, betonte der Präsident der Fachhochschule Eberswalde, Wilhelm-Günther Vahrson. Derzeit sei es insbesondere bei den Ingenieurwissenschaften schwierig, genügend geeignete Bewerber für Professuren zu gewinnen.

Vahrson will etwa einen neuen Studiengang zu Konzepten der Landnutzung und Biodiversität auflegen. «Das ist ein hochaktuelles Thema, die Zahl der Insekten ist in den vergangenen 25 Jahren um 75 Prozent gesunken», sagte er. Tippe plant einen fächerübergreifenden Studiengang zur computergesteuerten Mobilität. «Denn dabei kommen neben rein technischen auch juristische und soziale Fragen zum Tragen.»

#### ***Uni Potsdam ebenfalls stark ausgebaut***

Auch die Universität Potsdam wird deutlich ausgebaut: Wegen des Lehrermangels sollen vom Jahr 2020 an 1000 Abiturienten ein Lehramtsstudium beginnen können, wie die Uni mitteilte. Bislang gibt es 650 Plätze für Studienanfänger. Im ersten Schritt wird die Zahl der Plätze 2019 um 150 erhöht. Die Landesregierung will dafür von 2020 an jährlich zusätzlich elf Millionen Euro ausgeben. Damit werden 22 zusätzliche Professuren und 42 Funktionsstellen geschaffen. Auch die Verwaltung soll aufgestockt werden.

Mittelfristiges Ziel sei es, die Zahl der rund 48 000 Studenten in Brandenburg um etwa zehn Prozent zu erhöhen, erklärte Münch. An den Fachhochschulen sind rund 13 500 Studenten immatrikuliert.



### **NRW-Hochschulen schaffen knapp 5000 Stellen**

**Düsseldorf (dpa)** - Die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen stellen mehr Personal ein. An den 75 Hochschulen und acht Hochschulkliniken waren Anfang Dezember 2017 rund 146 500 Menschen beschäftigt - 3,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Von knapp 5000 neuen Stellen entfallen rund 1600 auf hauptberuflich Beschäftigte im wissenschaftlichen oder künstlerischen Bereich, teilte das Statistische Landesamt am 10. September mit. Das ist ein Plus von 3,1 Prozent. Für Nebenberufler wurden mehr als 1800 Stellen in diesem Bereich geschaffen. Neues Personal wurde auch im Verwaltungsbereich eingestellt.

Die Zahl der Studienanfänger ist in NRW in den vergangenen zehn Jahren auf fast 764 000 gestiegen. Im Wintersemester 2007/2008 waren es noch knapp 463 000 Studierende, wie das Landesamt mitteilte.

#### **Internet:**

- Pressemitteilung Landesamt für Statistik <http://dpaq.de/LwpsF>
- Zahlen Hochschulpersonal 2008-2017 Landesamt für Statistik <http://dpaq.de/9Hd3p>
- Zahlen Studierende 2007-2017 Landesamt für Statistik <http://dpaq.de/2oJ5o>

### **Grüne für Imam-Weiterbildung in Osnabrück**

**Hannover (dpa)** - Die Grünen im niedersächsischen Landtag machen sich für den Erhalt der Imam-Weiterbildungskurse an der Universität Osnabrück stark. Die Landesregierung solle das Programm dauerhaft finanzieren, heißt es in einem Antrag, den die Grünen-Fraktion in den Landtag einbringen will. Nach aktuellem Stand soll das Projekt Ende September auslaufen. «Diese Imam-Weiterbildung ist bundesweit einmalig. Niedersachsen würde ein Pfund verlieren, mit dem wir wuchern könnten», sagte der Grünen-Abgeordnete Belit Onay. Das Wissenschaftsministerium verweist auf zurückgehende Teilnehmerzahlen und will das Programm nicht verlängern.

Die Weiterbildung wird am Institut für Islamische Theologie angeboten. Die zweisemestrige, berufsbegleitende Fortbildung ist für islamische Geistliche aus dem Ausland gedacht, die in Gemeinden in Deutschland entsandt werden. Sie beinhaltet Aspekte wie Extremismusprävention sowie rechtliche und kulturelle Strukturen in Deutschland. In den vergangenen acht Jahren haben nach Angaben der Grünen rund 150 Imame und Seelsorgerinnen das Programm absolviert.

«Gerade für die seelsorgerische Tätigkeit ist es wichtig, dass die Imame mehr über die Gesellschaft in Deutschland wissen», sagte Onay. Unter der früheren rot-grünen Landesregierung bekam das Projekt Mittel in Höhe von 1,4 Millionen Euro pro Jahr.

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - HOCHSCHULE

Aus dem Wissenschaftsministerium heißt es dazu, das zunächst für eine Laufzeit von zwei Jahren vorgesehene Projekt sei dreimal verlängert worden. Nun sei keine weitere Verlängerung vorgesehen. «Die Nachfrage nach dem Angebot ist nach Auskunft der Universität in jüngster Zeit rückläufig», sagte eine Sprecherin. Das Ministerium gehe davon aus, dass die Hochschule den weiteren Bedarf prüfen werde.

Im Koalitionsvertrag hatten SPD und CDU vereinbart: «Aufbauend auf die seit 2010 bundesweit anerkannten Imam-Weiterbildungsangebote an der Universität Osnabrück soll dort eine eigenständige Imam-Ausbildung eingerichtet werden.» Wie die Sprecherin des Wissenschaftsministeriums erläuterte, beziehe sich diese Passage aber auf die auf Dauer ausgelegten Bachelor- und Masterstudiengänge im Fach Islamische Theologie, die ebenfalls in Osnabrück angeboten werden. Ziel dieser Studiengänge ist es bislang, Theologen wissenschaftlich auszubilden. Über einen praktischen Teil, der zu einer Imam-Ausbildung nötig wäre, gibt es bislang keine Vereinbarungen mit den muslimischen Gemeinden.

Der türkische Moscheeverband Ditib, der in seinen Gemeinden meist Geistliche aus der Türkei beschäftigt, sieht das von den Grünen gepriesene Programm zur Imam-Weiterbildung differenziert. «Vom Inhalt her war das gut. Aber man hätte sich mal mit uns zusammensetzen müssen, dann hätte man die Bedürfnisse der Imame mehr in den Vordergrund stellen können», sagte Geschäftsführerin Emine Oguz.

### **SCHULE**

#### **Wo in Italien tote Sprachen leben**

**Frascati (dpa)** - Der Lehrer steht vor der Klasse, reißt die Arme nach oben, gestikuliert. Er scheint einen Witz gemacht zu haben, die Klasse lacht. Wer in der Accademia Vivarium Novum nur zu Besuch ist, kann das höchstens vermuten. Er bleibt außen vor, fühlt sich wie in einem kleinen, unentdeckten Teil der Welt. Dazu trägt auch die versteckte, malerische Lage bei: eine herrschaftliche Villa auf einem Hügel in Frascati bei Rom. Aber es ist noch ein anderes Detail. Hier sprechen alle fließend eine Sprache, von der es in Deutschland oft heißt, sie sei tot: Latein.

Aus der ganzen Welt kommen Menschen jedes Jahr in die Accademia, um Latein und Altgriechisch zu lernen. Von Oktober bis Juni leben bis zu 40 Stipendiaten zwischen 16 und 25 Jahren hier. Es sind nur Männer erlaubt. In den Sommermonaten hingegen steht die Akademie allen Altersklassen und Geschlechtern offen, der jüngste Schüler ist dieses Jahr gerade 12, der älteste über 60 Jahre alt. Anders als die Stipendiaten zahlen sie dafür bis zu 5200 Euro. Trotzdem war die Bewerberzahl dieses Jahr so groß, dass manche abgelehnt wurden.

#### ***Alle Lehrer und Schüler bekommen lateinische Namen***

«Das hier ist kein Bildungsurlaub», betont der Schulleiter und Gründer der Akademie, Luigi Miraglia. Er gilt als einer der besten Lateinkenner der Welt. Seine Schüler nennen ihn Aloisius. Alle Lehrer und Schüler geben sich lateinische Namen. Zwölf Stunden täglich paukten sie Latein und auch Griechisch, sagt Miraglia. Und das heißt in der Akademie nicht, die antike Sprache wie in der Schule in ihre Einzelteile aufzudröseln und zu übersetzen, sondern sie zu lesen, zu sprechen, zu singen, vor allem aber: sie wirklich zu verstehen. «Wir müssen Latein so lernen, dass es keine fremde, sonderbare Sprache mehr ist», findet Miraglia. «In zwei Monaten lernt man hier mehr als in fünf Schuljahren.»

An deutschen Schulen ist Latein nach Englisch und Französisch die am häufigsten erlernte Fremdsprache. Besonders hoch ist der Anteil der Lateinschüler in Nordrhein-Westfalen und Bayern. Das geht aus dem Bericht «Schulen auf einen Blick» des Bundesamts für Statistik hervor. 632 000 Schüler lernten demnach im Schuljahr 2016/17 Latein - fast 200 000 Schüler weniger als noch zehn Jahre zuvor.

Der Vorsitzende des deutschen Altphilologenverbandes, Hartmut Loos, erklärt: Die höheren Zahlen vor zehn Jahren hingen auch mit der Einführung des achtjährigen Gymnasiums zusammen. Auf einen Schlag gab es damals doppelt so viele Lateinjahrgänge. Inzwischen seien diese Doppel-

jahrgänge mit der Schule fertig. «Insgesamt ist die Zahl der Lateinlernenden trotzdem rückläufig - aber nicht dramatisch.»

Das liege zum Beispiel daran, dass Latein als Wahlfach durch Fächer wie Informatik oder soziale Projekte ersetzt werde. Spätestens in der Oberstufe wird das Fach oft abgewählt. «Viele denken, dass Latein schwerer ist als andere Fächer. Das ist aber oft ein subjektives Empfinden», sagt Loos. Ein Latinum werde zudem nur noch für wenige Studienfächer als Voraussetzung verlangt. Für ein Medizinstudium ist es längst nicht mehr nötig.

Warum dann Latein? Abstand habe man von dem Argument genommen, dass es Jugendlichen dabei helfe, das Lernen zu lernen. «Das schaffen andere Fächer auch, es ist kein Alleinstellungsmerkmal von Latein», sagt Loos. Vielmehr: «Die Reflexion über die Sprache und die Kommunikation mit früheren Zeiten und dem gemeinsamen Erbe Europas.»

### ***Aktives Sprechen in der Schule wünschenswert – aber utopisch***

Drei Schuljahre Vokabeln und Grammatik, dann das Übersetzen von Klassikern, Caesars «De bello gallico», Ovids Metamorphosen. So funktioniert Lateinunterricht in Deutschland. Würde das aktive Sprechen der Sprache das Lernen nicht einfacher machen? «Das ist wünschenswert und sicher zielführend, aber utopisch», sagt Loos. Die Unterrichtsstunden würden dafür nicht ausreichen, Lehrer seien nicht entsprechend ausgebildet.

«Mit anderen Methoden könnte man die Schüler weniger verschrecken», argumentiert dagegen Miraglia. An der Accademia gehen die Lehrer anders mit der antiken Sprache um - sie hauchen ihr Leben ein. Durch Schauspiel, Chorgesang und auch durch alltägliche Konversation. Die Schüler kommen aus der ganzen Welt, aus China, Brasilien, Frankreich, Korea, Deutschland. Aber Englisch ist in der Akademie strengstens verboten. Und tatsächlich grüßen sie sich auf den Gängen mit «Salve», sagen «Gratias», Danke. Auf Mülleimern steht «Materies euplastica» und «Charta cuiuslibet generis» - Plastik und Papier.

«Viele sagen, das sei eine tote Sprache, deswegen kann man sie nicht sprechen - totaler Blödsinn!», sagt Benjamin Stolz aus Südtirol, der Latein auf Lehramt studiert und den Sommer an der Akademie verbracht hat. «Wenn du nur noch Latein sprichst, passiert es automatisch, dass du irgendwann auf Latein denkst, auf Latein träumst.» Beim Mittagessen fragt der 29-Jährige seine Mitschüler nach Käse, «Da mihi caseum» und wünscht «Bene sapiat», guten Appetit.

Miraglia aber geht es um mehr. Er will seinen Schützlingen eine humanistische Sicht auf die Welt nahebringen. Die Schüler sollen den Geist der Sprache verstehen, den Geist der Wissenschaftler von früher, der Philosophen und Gelehrten. Derer, die die Sprache, so Miraglia, unsterblich mach-

ten. «Auf Latein ist es manchmal schwieriger, nach einem Kaffee zu fragen, als die Ideen von Platon zu verstehen», sagt er.

**Laura Krzikalla (Rom)**

### Internet:

- Destatis: Fremdsprachen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen <http://dpaq.de/S1Xln>
- Schulbericht 2018 Statistisches Bundesamt <http://dpaq.de/CN2gb>
- Accademia Vivarium Novum, Stipendiaten <http://dpaq.de/ggpGs>

## Bayern prüft Antisemitismus in Schulbüchern

**München (dpa)** - Nach Kritik des Zentralrats der Juden an deutschen Schulbüchern hat Bayerns Kultusminister Bernd Sibler (CSU) besondere Achtsamkeit beim Thema Antisemitismus in Lernmitteln angemahnt. Sollten Nachfragen oder Informationen zu Unterrichtsmaterial mit dem Vorwurf des Antisemitismus im Ministerium eingehen, werde diesen nachgegangen und der entsprechende Verlag zur Korrektur verpflichtet. «Das Judentum gehört ebenso wie das Christentum zu den religiösen Wurzeln der europäischen Kultur», sagte Sibler der Deutschen Presse-Agentur in München.

### **Auch NRW überprüft Schulbücher**

Zentralratspräsident Josef Schuster hatte kürzlich kritisiert, dass Schulbücher mit antisemitischen Vorurteilen lange im Umlauf blieben. «Selbst wenn inzwischen neue und verbesserte Auflagen produziert wurden, finden sich die alten Schulbücher oft noch viele Jahre in den Schulen und werden weiter benutzt.» NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hatte daraufhin angekündigt, die Schulbücher in seinem Land auf Antisemitismus überprüfen zu lassen.

In Bayern würden Schulbücher erst nach intensiver Prüfung zweier voneinander unabhängiger Fachexperten zugelassen, teilte ein Sprecher des Kultusministeriums mit. Die Experten würden durch das Ministerium beauftragt und müssten einen vorgegebenen Kriterienkatalog streng anwenden. Darin heißt es: «Personen und Personengruppen dürfen nicht diskriminierend dargestellt werden. Bei der Darstellung der deutsch-jüdischen Geschichte ist eine umfassende Sichtweise Pflicht.

Der Landesvorsitzende des Bayerischen Realschullehrerverbands, Jürgen Böhm, erklärte am 10. September: «Antisemitischen Tendenzen in unserer Gesellschaft müssen wir mit Blick auf unsere Geschichte unmissverständlich und ohne Toleranz sofort entgegentreten. Besonders wichtig sind deshalb Demokratieerziehung und Wertebildung in unseren Schulen.» Die

# dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 38/2018 17. September 2018 - SCHULE

doppelte, unabhängige Prüfung der Schulbücher in Bayern vor deren Gebrauch sei ein wichtiger Schutzmechanismus.

## Internet:

- Deutsch-Israelische Schulbuchkommission <http://dpaq.de/PWwEb>
- Erklärung Kultusministerkonferenz und Zentralrat der Juden zur Vermittlung jüdischer Geschichte in der Schule <http://dpaq.de/WDPD8>

## Verbände: Echte Lernmittelfreiheit in Schl.-H.

**Kiel (dpa)** - Kostenlose Schulmaterialien für Schleswig-Holsteins Schüler fordern der Kinderschutzbund, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie Eltern- und Schülervertreter in Schleswig-Holstein. «Allein die Ausgaben für die zur Teilnahme am Schulunterricht notwendige Grundausstattung, die Eltern zahlen müssen, liegen bei durchschnittlich 400 Euro pro Jahr», sagte die Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes, Irene Johns, am 13. September. Viele Kinder aus armen Familien würden dadurch auf ihrem Bildungsweg immer noch benachteiligt.

Bildungsministerin Karin Prien (CDU) will den Dialog mit dem Bildungsausschuss des Landtags abwarten. Sie verwies auf die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden, einkommensschwache Eltern bei den Bildungskosten zu entlasten. Die Landesregierung konzentrierte sich auf zusätzliche Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen. «Parallel weisen wir die Schulen darauf hin, dass Lehrkräfte immer auch die Belastungssituation von Eltern berücksichtigen sollen, wenn sie etwa Listen für Unterrichtsmaterial herausgeben.»

### ***Hefte und Stifte fallen nicht unter Lernmittelfreiheit***

Zwar gibt es in Schleswig-Holstein wie in sieben weiteren Bundesländern bereits Lernmittelfreiheit. Die umfasst aber lediglich die Gegenstände, die ausschließlich im Unterricht eingesetzt werden. Taschenrechner, Atlanten, Hefte und Schreibmaterial fallen nicht darunter. Rechnet man die Forderung auf die rund 278 000 Schüler an allgemeinbildenden Schulen hoch, die es laut Bildungsministerium in Schleswig-Holstein gibt, macht das 111,2 Millionen Euro im Jahr.

Laut einem Bericht der Landesregierung von 2016 gaben Eltern im Schuljahr 2015/16 im Durchschnitt für ihre Kinder sogar noch mehr Geld aus - knapp 1000 Euro. Dies beinhaltet aber auch Ausgaben für Sportkleidung, Klassenfahrten, Betreuung, Schulessen und Nachhilfe. «Unabhängig von der besuchten Schulart und Klassenstufe des Kindes investierten Eltern mit höherem Bildungsabschluss mehr als Eltern mit niedrigerem Bildungsabschluss», heißt es in dem Bericht. Diese Diskrepanz sei insbesondere bei Nachhilfe, Versorgung und Betreuung deutlich geworden.

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - SCHULE

Im Norden hätten rund 120 000 Kinder Ansprüche auf für die Schule vorgehene Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets in Höhe von 100 Euro, sagte Johns. Rechne man nicht einbezogene Kosten für Sportschuhe, Ausflüge und Nachhilfe dazu, «sind wir aber schnell beim Zehnfachen» des Basissatzes. Die Verbände forderten deshalb, dass schleswig-holsteinische Schulgesetz zu ändern und zumindest «alle Materialien, die für den Schulalltag notwendig sind, kostenfrei zu Verfügung zu stellen».

Kinderschutzbund-Präsident Heinz Hilgers kritisierte die unnötige Bürokratie des Bildungs- und Teilhabepakets. «Zudem sind einzelne Leistungen viel zu niedrig und willkürlich festgesetzt, so wie der Schulbedarf von 100 Euro. Der wurde seit 2011 nicht mehr erhöht.» GEW-Landeschefin Astrid Henke sagte, «es muss Schluss damit sein, Kinder und Jugendliche zu beschämen, die das nötige Kleingeld nicht oder erst am nächsten 1. haben».

**André Klohn (Kiel)**

### **Internet:**

- Bericht der Landesregierung vom 29. September 2016 <http://dpaq.de/Kr4Ss>

## **Ganztagsbetreuung für BaWü-Kommunen teuer**

**Mannheim (dpa)** - Die von Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) versprochene flexible Betreuung von Grundschulkindern ist aus Sicht des Städtetags in Baden-Württemberg kaum realisierbar. «Ich sehe mit Sorge, dass den Eltern eine komplett flexible Ganztagesbetreuung - ob in Schule oder Hort - in Aussicht gestellt wird», sagte die Mannheimer Bildungsbürgermeisterin Ulrike Freundlieb (SPD), die ständiges Mitglied im Schulausschuss des Städtetags ist.

Ein paralleler Ausbau qualitativ hochwertiger Ganztagschulen und guter flexibler Schulkindbetreuung überfordere die Kommunen finanziell und personell. Die zum Großteil von den Kommunen finanzierte Schulkindbetreuung in den Randzeiten der Halbtagschule könne nur eine Übergangslösung sein, sagte Freundlieb.

Damit bezieht sie Stellung gegen die Kultusministerin, die einen Akzent auf flexible Angebote setzen will. Eisenmann plant 21 Millionen Euro mehr im Jahr ein, um neue Angebote zu unterstützen. Bisher beläuft sich der Zuschuss des Landes auf 77 Millionen Euro jährlich. Damit werden ausschließlich Gruppen gefördert, die vor dem Ausstieg des Landes aus der Mitfinanzierung 2015 bestanden.

Mit den zusätzlichen Mitteln will Eisenmann den Anteil der Kinder in der vom Land mitfinanzierten Nachmittagsbetreuung von 45 auf 60 Prozent

steigern: «Ganztagsschule und Betreuung sollen sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern nebeneinander möglich sein.»

Bürgermeisterin Freundlieb begrüßt zwar die Finanzspritze des Landes. Doch neben grundsätzlichen Bedenken bezweifelt sie, dass das nötige Personal gefunden werden kann.

### **Streit in Hessen über Ganzttag an Grundschulen**

**Wiesbaden (dpa)** - In der Debatte um den Ganzttagsschulausbau in Hessen hat Kultusminister Alexander Lorz (CDU) im Parlament den Kurs des Landes gegen die Kritik der Opposition verteidigt. Am Pakt für den Nachmittag beteiligten sich mittlerweile rund drei Viertel aller hessischen Schulträger mit 208 Grundschulen und Grundstufen von Förderschulen, sagte Lorz am 12. September im Wiesbadener Landtag. Im Schuljahr 2018/19 hielten rund 1150 Schulen ganztägige Angebote bereit, etwa 70 Prozent aller allgemeinbildenden Schulen. Dafür gebe es zusätzlich zur Grundunterrichtsversorgung knapp 3000 Stellen und damit 1500 mehr als noch zu Beginn der Legislaturperiode.

Die Opposition forderte dagegen deutlich mehr Engagement und Investitionen für den Ganzttagsschulausbau. Die SPD-Fraktion mahnte ein Konzept an, wie ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter umgesetzt werden kann. Dabei gehe es nicht nur um einen quantitativen Ausbau, sondern auch um eine Qualitätsoffensive. Der Minister verschließe die Augen davor, wie der Investitionsbedarf in den Schulen sei, kritisierte der SPD-Abgeordnete Christoph Degen.

#### ***Linke spricht von «Mogelpackung»***

Die Linken-Bildungsexpertin Gabi Faulhaber sprach beim Pakt für den Nachmittag von einer «Mogelpackung». Gerade mal zwei Prozent der Grundschulen im Land seien echte Ganzttagsschulen. Die Initiative des Landes sei nur eine Sporausführung und ein reines Betreuungsprogramm.

«Warm, satt, sauber reicht für gute Ganztagsangebote an den Schulen genauso wenig wie für beste Betreuung und frühkindliche Bildung in den Kindertagesstätten», betonte Wolfgang Greilich von der FDP-Fraktion. Es gehe nicht nur um Aufbewahrungsangebote. Die Angebote müssten auch qualitativ hochwertig und mit einer sinnvollen sowie pädagogisch durchdachten Verbindung von schulischen und außerschulischen Aspekten ausgestattet sein.

Den «Pakt für den Nachmittag» gibt es in Hessen seit dem Schuljahr 2015/2016. Das Angebot soll eine verlässliche Betreuung der Kinder von 7.30 Uhr bis 17.00 Uhr ermöglichen. Das Land stellt dabei rechnerisch von



## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - SCHULE

7.30 Uhr bis 14.30 Uhr die Lehrer zur Verfügung. Danach übernehmen die Kommunen als Schulträger die restlichen Stunden. Eltern zahlen für die zusätzliche Versorgung.

### **Nieders. Lehrgewerkschaft fordert mehr Geld**

**Hannover (dpa)** - Für eine höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen der Lehrer haben am 13. September nach Polizeiangaben mehr als 2000 Menschen in Hannover demonstriert. Anlass war die bis zum 14. September laufende Plenarsitzung, in der es um den Haushalt 2019 ging. GEW-Landeschefin Laura Pooth forderte eine Abkehr von der Schuldenbremse, die zu einer Bildungsbremse verkomme.

Ebenso plädierte sie dafür, verbeamtete Grund-, Hauptschul- und Realschullehrer besser zu bezahlen. Sie erhalten laut Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) brutto monatlich bis zu 500 Euro weniger als Lehrer anderer Schulen. Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) erklärte, im bundesweiten Wettbewerb um die besten Lehrer sei es «Fünf nach Zwölf».

Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) hatte einen Stufenplan zur besseren Bezahlung der Lehrer angekündigt, da die Forderungen der Lehrer nicht unberechtigt seien. «Verbesserungen bei der Bezahlung von Lehrkräften mit den Lehrämtern für Grund-, Haupt- und Realschulen sind auch unser Ziel», erklärte Tonne. Bis Dezember solle deshalb eine «besoldungsrechtliche Prüfung» abgeschlossen sein. Eine bessere Bezahlung soll die Attraktivität des Lehrerberufs steigern. Das Landesamt für Statistik teilte mit, dass im vergangenen Jahr 2669 angehende Lehrer ihre Ausbildung beendet hätten - 11,6 Prozent weniger als 2016. «Wenn nichts dafür getan wird, dass dieser Beruf attraktiver wird, dann werden sich auch in Zukunft nicht genügend junge Menschen für so ein Studium entscheiden.»

#### **Internet:**

- GEW zur Demonstration <http://dpaq.de/aMLjV>

### **Älteste Grundschullehrer in Mecklenburg-Vorp.**

**Schwerin (dpa)** - An den Grundschulen Mecklenburg-Vorpommerns unterrichten die ältesten Lehrer bundesweit. 57,8 Prozent der Lehrer dort sind 50 Jahre und älter, wie aus einer am 12. September veröffentlichten Erhebung des Statistischen Bundesamts für das Jahr 2016 hervorgeht. So viele ältere Lehrer unterrichten in keinem anderen Bundesland Grundschüler. Nur 3,3 Prozent der Grundschullehrer sind in Mecklenburg-Vorpommern jünger als 30 Jahre. Das ist gemeinsam mit Brandenburg der niedrigste

Wert aller Bundesländer. Die meisten jungen Grundschullehrer (10,2 Prozent) arbeiten in Baden-Württemberg.

### **Stärkung der Dialekte an Bayerns Schulen**

**München (dpa)** - Bayerns Dialekte sollen an den Realschulen und Gymnasien im Freistaat künftig eine wichtigere Rolle spielen. «Wir starten eine Initiative für Dialekt und Mundarten», sagte Ministerpräsident Markus Söder (CSU) am 11. September nach der Sitzung des Kabinetts in München. Dialekt sei die Wurzel der Sprache, bereichere die Sprachkultur und stifte Identität. Um den Stellenwert der Mundarten deutlicher zu machen, würden diese im neuen Lehrplan für Realschulen und Gymnasien in Jahrgangsstufe 8 verbindlich verankert. Ziel sei es, bei Lehrern und Schülern das Bewusstsein für bayerische Mundarten und regionale Kultur zu schärfen.

### **Unterrichtsversorgung in Sachsen-Anhalt sinkt**

**Magdeburg (dpa)** - Trotz zahlreicher neueingestellter Lehrer hat sich die Situation an Sachsen-Anhalts Schulen zum Schuljahresbeginn verschlechtert. Die Unterrichtsversorgung sank auf im Schnitt 99,4 Prozent, wie Bildungsminister Marco Tullner (CDU) am 14. September in Magdeburg sagte. Vor einem Jahr hatte der Wert noch bei 101 Prozent gelegen. Bei einem Wert von 100 Prozent könnte rein rechnerisch aller geplanter Unterricht erteilt werden. Das Land hat sich eine Unterrichtsversorgung von 103 Prozent zum Ziel gesetzt, um einen Puffer für Ausfälle zu haben. Tullner kündigte weitere Einstellungen an. Derzeit läuft eine Ausschreibungsrunde für 200 neue Lehrer.

## **VORSCHULE**

### **Ernährungsexperten für gesündere Kita-Snacks**

**Magdeburg (dpa)** - Ernährungsexperten wollen in Sachsen-Anhalts Kitas und Schulen für gesündere und abwechslungsreichere Zwischenmahlzeiten sorgen. Viele Eltern seien berufstätig, die Kinder entsprechend lange in Kita, Schule und Hort - da seien das zweite Frühstück und die Vesper wichtig, sagte die Projektleiterin der Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung, Melanie Kahl, in Magdeburg.

Im ersten Teil des geplanten zweijährigen Projekts konzentrierten sich die Expertinnen auf eine Modellkita und einen Modell-Schulkiosk. «Es soll erprobt werden, was in der Praxis funktioniert», sagte Kahl. Rezepte, Zubereitung und nötige Ausstattung stünden im Fokus - aber natürlich auch, ob es den Kindern und Jugendlichen schmecke.

«Wir legen das Hauptaugenmerk auf Kitas, die selbst zubereiten. Oft machen das die Erzieherinnen», sagte Kahl. Es gebe Rezepte, die sich leicht umsetzen ließen, um etwa belegte weiße Brötchen zu umgehen.

Bisherige Erfahrungen der Ernährungsexpertinnen zeigen, dass in Schulkiosken oft gesunde Alternativen zu belegten Brötchen und Schokoriegeln fehlten, sagte Martina Kolbe von der Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt, zu der die Vernetzungsstelle gehört. Dabei gebe es noch mehr Möglichkeiten, vom Müsli über Obst mit Joghurt, Gemüse mit Dips und auch süße und herzhaftere Aufstriche.

#### ***Auch Einzelcoachings geplant***

Im zweiten Schritt des Projekts sollen die in Modell-Kita und -Schulkiosk erprobten Rezepte in die breite Praxis weitergetragen werden. «Wir planen Veranstaltungen im Norden, in der Mitte und im Süden des Landes», sagte Melanie Kahl. Es werde auch Einzelcoachings direkt in Einrichtungen geben.

Wichtig sei: «Es muss praktikabel sein.» Dabei gehe es auch in den Kitas um den Zeitaufwand. Die Expertinnen wollen auch genau schauen, welches Material und welche Ausstattung nötig seien. Das Projekt soll - wenn die Förderung bewilligt ist - im kommenden Jahr starten.

### **Hohe Quoten bei Kinderbetreuung in Thüringen**

**Erfurt (dpa)** - In Thüringen werden bei der Kinderbetreuung hohe Quoten erreicht. Zum Stichtag 1. März besuchten 95 200 Kinder eine Tageseinrichtung oder wurden von Tagesmüttern und -vätern betreut, wie das Statistische Landesamt am 14. September in Erfurt mitteilte. Das waren den An-

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - VORSCHULE

gaben zufolge 1000 mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. In der Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen wurde eine Betreuungsquote von 96 Prozent verzeichnet, bei den unter 3-Jährigen von 54 Prozent.

In den 1320 Kindertageseinrichtungen arbeiteten zum Stichtag 17 683 Menschen, das waren 1,9 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Der Großteil, 15 270 Personen oder 86,4 Prozent, war mit pädagogischen Aufgaben oder im Leitungs- oder Verwaltungsbereich beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahresstichtag ist dies ein Zuwachs um 346 Menschen (2,3 Prozent). Zugenommen hat die Zahl der in diesen Bereichen tätigen Männer: Sie hat sich im Vergleich zum 1. März 2009 von 177 auf 792 mehr als vervierfacht.

### **Hessen - Seltene Allianz bei Kita-Debatte**

**Wiesbaden (dpa)** - Die FDP-Fraktion im hessischen Landtag hat für einen ihrer Gesetzentwürfe am 12. September einen ungewöhnlichen Mitstreiter gefunden: Für die Vorschläge der Liberalen zur Betreuungsqualität in Kitas stimmte auch die Fraktion der Linken. Traute Gemeinsamkeit mit der FDP - «das kommt eher selten vor», sagte ein Linken-Fraktionssprecher in Wiesbaden. Wenn es um mehr Qualität in den Kitas gehe, stimme man aber gern zu. Der Vorschlag der FDP wurde dennoch mit der Mehrheit der übrigen Fraktionen zurückgewiesen.

Die Liberalen machen sich dafür stark, mit mehreren tausend zusätzlichen Kita-Erziehern in Hessen die Qualität der Kinderbetreuung zu verbessern. Um die neuen Fachkräfte zu gewinnen, solle die Erzieher-Ausbildung reformiert werden.

#### **Internet**

- Gesetzentwurf FDP <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/19/3/06283.pdf>

## TERMINE

### September 2018

17. Fachtagung zum Thema „Bildung in Deutschland 2018“, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Berlin, Info: <http://dpaq.de/HAB1J>
17. Auftakt zum Bildungsprogramm für Kinder zum Thema „Wetter.Wasser.Waterkant“, Hafencity Universität Hamburg, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/li3jW> , (bis 21.)
18. Leipzig Summer School zum Thema „Sozialwissenschaftliche Methodenwerkstatt für Schul- und Unterrichtsforschung“, Zentrum für Lehrerbildung und Schulforschung, Leipzig, Info: <http://dpaq.de/itUiB> , (bis 20.)
19. Medienmesse und Fachtagung fraMediale zum Schwerpunkt „Schnittstellen – Interfaces des Digitalen“, Frankfurt/Main, Info: <http://dpaq.de/ZXLYo>
19. 1. Kölner Tag des Schulsports & Wissenschaftliches Symposium zum Thema „Tägliche Herausforderungen meistern – Sportlehrkräfte im Fokus“, Deutsche Sporthochschule Köln, Köln, Info: <http://dpaq.de/76810>
19. 6. Münsterscher Bildungskongress zum Thema „Begabtenförderung, Leistungsentwicklung, Bildungsgerechtigkeit“, Internationales Centrum für Begabtenförderung und BMBF, Münster, Info: <http://dpaq.de/tfrBt> , (bis 22.)
19. Diskussionsveranstaltung zum Thema „Selbst forschen, dazugehören: Wie passen Bürgerforschung und Zivilgesellschaft zusammen?“, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/ewmKD>
19. International Conference on Digital Cultures: Knowledge/Culture/Technology, Universität Lüneburg, Lüneburg, Info: <http://dpaq.de/22HHL> , (bis 22.)
20. Inklusiver Englischunterricht „Gemeinsam Lernen und Lehren, Universität Lüneburg, Lüneburg, Info: <http://dpaq.de/l0sht> , (bis 21.)
20. Bundeskongress für Schulpsychologie zum Thema „Heterogenität verbindet“, Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen, Frankfurt/Main, Info: <http://dpaq.de/yVzOj> , (bis 22.)
21. Gemeinsame Jahrestagung der Deutschen Thomas-Mann-Gesellschaft und der Heinrich-Mann-Gesellschaft zum Thema „Die Brüder Mann und die Revolution 1918“, Kulturstiftung der Hansestadt Lübeck, Lübeck, Info: <http://dpaq.de/fmTqe> , (bis 23.)
21. Jahresversammlung 2018 zum zehnjährigen Jubiläum der Leopoldina als Nationale Akademie der Wissenschaften, Halle, Info: <http://dpaq.de/AlUbx> , (bis 22.)

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - TERMINE

21. Themenwoche 2018 zum Thema „Shaping the Digital Turn“, Hochschulforum für Digitalisierung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/FV3p1> , (bis 28.)
21. Männerkongress 2018 zum Thema „Männer.Macht.Therapie“, Universität Düsseldorf, Düsseldorf, Info: <http://dpaq.de/VtA08> , (bis 22.)
24. Summer School zu nachhaltiger Chemie, Universität Lüneburg, Lüneburg, Info: <http://dpaq.de/37FEf> , (bis28.)
25. 52. Deutscher Historikertag an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Motto: „Gespaltene Gesellschaften“. Partnerland werden die Niederlande sein. Info: <http://dpaq.de/lhBso> (bis 28.)
26. GEW-Wissenschaftskonferenz zum Thema „Lust oder Frust? Qualität von Lehre und Studium auf dem Prüfstand“, GEW, Budenheim, Info: <http://dpaq.de/DQw2f>, (bis 29.)
26. Tag der Lehrerfortbildung zum Thema „Internationalisierung in Schule und Universität“, Universität Potsdam, Potsdam, Info: <http://dpaq.de/CEyuk>
26. Internationale Fachtagung zum Thema „Journalism across Borders“, TU Ilmenau und Indiana University Bloomington, Ilmenau, Info: <http://dpaq.de/oT2e2> , (bis 28.)
27. Fachtagung zum Thema „Kooperative Rhetorik in Theorie und Praxis“, Universität Düsseldorf, Düsseldorf, Info: <http://dpaq.de/GdYyj> , (bis 29.)
27. Veröffentlichung der Entscheidung über die künftig geförderten Exzellenzcluster im Rahmen der Exzellenzstrategie, Gemeinsame Wissenschaftskonferenz des Bundes und der Länder (GWK), Bonn, Info: <http://dpaq.de/WeZ5P> , (Der Live-Stream der Pressekonferenz ist auf dem Youtube-Kanal der DFG („DFG bewegt“) unter [www.youtube.com/channel/UC7fX33CRXnoFVTAqSi55ZZA](http://www.youtube.com/channel/UC7fX33CRXnoFVTAqSi55ZZA) zu erreichen.)
27. Fachtagung zum Thema „Beratung und (Selbst-)Reflexion in der Lehrer\*innenbildung“, Universität Vechta, Vechta, Info: <http://dpaq.de/85gwQ> , (bis 28.)
28. Praxis-Workshop zum Thema „Digitalpotenzial – Individuelle Begabungen fördern mit digitalen Helfern“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/SuQuD>
29. Bundesweiter Fachtag zum Thema „Christliche Jugendarbeit in der Migrationsgesellschaft“, CVJM Deutschland und CVJM-Hochschule, Kassel, Info: <http://dpaq.de/ae8jR>
30. Bewerbungsschluss für Kandidaten zum „Hochschullehrer/in des Jahres“, Deutscher Hochschulverband, Info: <http://dpaq.de/CMsTx>

# dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 38/2018 17. September 2018 - TERMINE

## Oktober 2018

01. Beginn des berufsbegleitenden Zertifikatskurses „Nachhaltige Entwicklung“, Universität Rostock, Rostock, Info: <http://dpaq.de/ISzFH> , (bis 31.3.19)
01. Kongress zum Thema „Bach bearbeitet: vor Bach – Bach und seine Zeit – nach Bach“, Universität Tübingen, Tübingen, Info: +49 7071/2972340, (bis 3.)
03. Kongress zum Thema „Weltminute und Konstellation – Literarische Epochenkonstellation im interkulturellen Vergleich“, Universität Tübingen, Tübingen, Info: +49 7071/2972799, (bis 7.)
04. Internationale Woche der Gemeinschaftsgüter zum Thema „Wem gehört die Welt? – 50 Jahre Forschung zu Gemeinschaftsgütern“. Den europäischen Teil organisiert Prof. Insa Theesfeld, Universität Halle-Wittenberg, Info: <http://dpaq.de/1WgTs> , (bis 12.)
04. Jugendkonferenz youcoN zum Thema „Gemeinsam.Zukunft.Leben!“, Stiftung Bildung, Wolfsburg, Info: <http://dpaq.de/6upaW> , (bis 7.)
05. Tag des forschenden Lernens, Universität Rostock, Rostock, Info: <http://dpaq.de/3BWL6>
08. Eröffnung der Fraunhofer-Erlebniswelt #Zukunftarbeit, Beitrag der Fraunhofer-Gesellschaft zum BMBF-Wissenschaftsjahr „Arbeitswelten der Zukunft“, Berlin, Info: <http://dpaq.de/csSqC> , (bis 12.)
08. Tagung zum Thema „Aus Sicht des multilingualen Kindes: Linguistische Theorie, Sprachgebrauch und Sprachstrategien innerhalb und außerhalb der Schule“, Universität Wuppertal, Wuppertal, Info: +49 202/439-2160, (bis 10.)
08. Herbst-Uni für Schülerinnen und Schüler zum Kennenlernen von Studiengängen in Ingenieur- und naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen, Universität Magdeburg, Magdeburg, Info: <http://dpaq.de/elc6U> , (bis 12.)
08. Chemie-Schnupperkurse für Schülerinnen, Universität Göttingen Göttingen, Info: <http://dpaq.de/lxf0U>, (bis 10.)
09. Praxisphasentag 2018 zum Thema „Lerngelegenheiten schaffen“, Freiburg Advanced Center of Education, Freiburg, Info: <http://dpaq.de/kZqkM>
11. 363. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462, (bis 12.)
13. Studien-Infotag „Startschuss Abi“, , e-fellows.net, Stuttgart, Info: <http://dpaq.de/8Z37w>
17. Herbstsitzung des Wissenschaftsrates, Hannover, Info: +49 (0) 221 3776 246, (bis19..)
18. Festakt zum 200. Geburtstag der Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bonn, Info: <http://dpaq.de/qzGCu>

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - TERMINE

18. Internationaler interdisziplinärer Kongress zum Thema „Möglichkeiten und Grenzen in der Entwicklung zur inklusiven Hochschule“, Pädagogische Hochschule Salzburg, Salzburg, Info: <http://dpaq.de/K4vrT> , (bis 19.)
23. Kongress zum Thema „Zwischen Sprachen und Kulturen: Moderne hebräische und jiddische Literatur im östlichen Europa“, Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur, Leipzig, Info: +49 341/21735-50, (bis 25.)
25. Verleihung des Medienpreises Bildungsjournalismus, Deutsche Telekom Stiftung, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/zqXGK>
26. Internationale Tagung zum Thema “Failing Identities, Schools and Migrations – Teaching in (Trans-)National Constellations, Universität Bremen, Bremen, Info: <http://dpaq.de/3sA1Z> , (bis 28.)
27. Verleihung des Georg-Büchner-Preises 2018 an Terézia Mora und Verleihung des Sigmund-Freud-Preises 2018 an Wolfgang Kemp, Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, Darmstadt, Info: <http://dpaq.de/Jne0t>

### **November 2018**

06. Mitgliederversammlung der Hochschulrektorenkonferenz, Lüneburg, Info: +49 (0) 228 887-153
07. Runder Tisch Bildung für nachhaltige Entwicklung in Brandenburg, Stiftung Bildung (noch keine weiteren Informationen)
09. Internationale Tagung „Falling Walls Conference, u.a. zu den Themen, Abfallrecycling, Gentechnik und Trauma-Forschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/ChOuC>
09. 1. Wissenschaftliche Konferenz Schulverpflegung zum Thema „Schulverpflegung neu denken – Essen, was schmeckt – Foodchain für die Schulumensa?“, Deutsches Netzwerk Schulverpflegung e.V. (DNSV) und das Kompetenzzentrum Schulverpflegung an der Universität Vechta, Oyten bei Bremen, Info: <http://dpaq.de/f8UNh>
16. Deutscher Lehrertag zum Thema „Neue Wege gehen?“, Verband Bildung und Erziehung (VBE), Dortmund, Info: <http://dpaq.de/2Q62F>
17. Praxis-Workshop zum Thema „Selbstmotivation von Schülern wecken“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/1sYtz>
21. 3. Deutscher Ausbildungsleiterkongress zum Thema „Duale Ausbildung geht in Führung“, Verband Bildung und Erziehung, Düsseldorf, Info: <http://dpaq.de/Mn2Fz> , (bis 23.)
21. Kongress zum Thema „Wandelbarer Campus der Zukunft“, Congress Presse, München, Info: <http://dpaq.de/mUota> , (bis 22.)
29. Praxis-Workshop zum Thema „Begeisterung für Mathe wecken“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/n499X>



# **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - TERMINE

## **Dezember 2018**

04. 79. Ordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Studentenwerkes, Berlin, Info: [stefan.grob@studentenwerke.de](mailto:stefan.grob@studentenwerke.de)
05. Internationale Konferenz Online Educa, Berlin, Info: <http://dpaq.de/wjQ8K> , (bis 7.)
06. 364. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462

## INHALT

### AKTUELLES

Herkunft entscheidet oft über Bildungschance	2
Wie Bildung gerechter werden kann	3
Schule - Chancen von Mädchen und Jungen	5
Quereinsteiger an Berlins Brennpunkt-Schulen	7
KMK-Chef: Angleichung der Lehrerbezahlung	8
Karliczek: Schul-Digitalisierung ab Anfang 2019	8
Kretschmann gegen Bund-Bildungsfinanzierung	9
KMK-Chef will einheitliche Schulabschlüsse	11
Wenn Erstklässler nicht mehr zur Schule wollen	11

### KULTURPOLITIK

Verlegerwechsel - Turbulenzen bei Rowohlt	14
EU-Parlament einig bei Urheberrecht	15
Tamas Detrich übernimmt Stuttgarter Ballett	17
«JBG3» als jugendgefährdend eingestuft	18
Berliner Museumsinsel – Großer Netzauftritt	19
Neues kulturelles Zentrum in Hamburg geplant	20
Filminstitut erwirbt Fassbinder-Nachlass	20

### BERUF UND WEITERBILDUNG

Handwerk: Perspektiven für Flüchtlinge in Lehre	21
Niedersachsen reguliert Pflege-Ausbildung neu	22
Druck im Bäckerhandwerk	22
Schul-Berufsorientierung führt oft an die Uni	23
Hamburg zahlt neuen Meistern Prämie	23

### FORSCHUNGSPOLITIK

Zukunftspreis – Zahnrad neu erfunden	24
Künstliche Intelligenz revolutioniert Forschung	26
Bergbau im All - Luxemburgs Weltraumagentur	27
Forscherteam erstellt falsche Webzertifikate	29
Deutsche Wissenschaftler erhalten Balzan-Preis	30

### HOCHSCHULE

Bauer wegen Zulagenaffäre stärker unter Druck	31
Brandenburg will mehr Professuren	32
NRW-Hochschulen schaffen knapp 5000 Stellen	33
Grüne für Imam-Weiterbildung in Osnabrück	33

### SCHULE

Wo in Italien tote Sprachen leben	35
Bayern prüft Antisemitismus in Schulbüchern	37
Verbände: Echte Lernmittelfreiheit in Schl.-H.	38

# **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 38/2018 17. September 2018 - INHALT

Ganztagsbetreuung für BaWü-Kommunen teuer	<b>39</b>
Streit in Hessen über Ganzttag an Grundschulen	<b>40</b>
Nieders. Lehrgewerkschaft fordert mehr Geld	<b>41</b>
Älteste Grundschullehrer in Mecklenburg-Vorp.	<b>41</b>
Stärkung der Dialekte an Bayerns Schulen	<b>42</b>
Unterrichtsversorgung in Sachsen-Anhalt sinkt	<b>42</b>
<b>VORSCHULE</b>	
Ernährungsexperten für gesündere Kita-Snacks	<b>43</b>
Hohe Quoten bei Kinderbetreuung in Thüringen	<b>43</b>
Hessen - Seltene Allianz bei Kita-Debatte	<b>44</b>
<b>TERMINE</b>	<b>45</b>
<b>INHALT (GESAMT)</b>	<b>49</b>

# dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 38/2018 17. September 2018 - IMPRESSUM / RECHTLICHE HINWEISE

## IMPRESSUM / RECHTLICHE HINWEISE

### Impressum

#### dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH

Vors. des Aufsichtsrates: David Brandstätter  
Geschäftsführer: Peter Kropsch (Vors.), Matthias Mahn, Andreas Schmidt

Mittelweg 38  
20148 Hamburg

Postfach 13 02 82  
20102 Hamburg

Telefon: 040 4113-0  
E-Mail: info@dpa.com

Eingetragen beim Handelsregister Hamburg,  
HRB 68431

Ust-IdNR: DE 118543436

Inhaltlich verantwortlich:

Inhaltlich verantwortlich ist der jeweils auf Seite 1  
genannte Redakteur.

Wenn Sie Interesse an weiteren Produkten ha-  
ben, wenden Sie sich einfach an den dpa-  
Vertrieb.

E-Mail: dossiers-termine@dpa.com  
Telefon: (040) 4113-32521

### Hinweise

© dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH.

Alle Inhalte dieser Ausgabe sind urheber- und  
leistungsschutzrechtlich geschützt.  
Jegliche Nutzung außer zur eigenen Information,  
ist ohne ausdrückliche Zustimmung der dpa un-  
zulässig.

Dies gilt insbesondere für die ganze oder teilwei-  
se Veröffentlichung, Vervielfältigung, Weitergabe,  
Bearbeitung oder Einspeisung in elektronische  
Systeme.

Alle Rechte bleiben vorbehalten.

Alle in diesem Produkt gemachten Angaben wur-  
den mit größter Sorgfalt recherchiert. Dennoch  
übernimmt die dpa keine Gewähr für die Richtig-  
keit. Eine Haftung für Schäden, einschließlich  
entgangenen Gewinns, welche in Verbindung mit  
den in diesem Produkt genannten Inhalten eintre-  
ten sollten, ist ausgeschlossen.